Nr. 152 — Halle a. S., Mittwoch den 4. Juli 1906. — 17. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. exkl. Postgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. — Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg., für auswärt. Anzeig. 25 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

An die zivilisierte Welt!

Noch fehlt uns eine lückenlose Statistik all der von der russischen Autokratie und den deutschen Junkern in den baltischen Provinzen (Lett- und Esthland) verübten Bestialitäten. Hiermit übergeben wir der Oeffentlichkeit nur einen winzigen Teil der von ihnen verübten Greueltaten, die verschiedenen Kategorien und den annähernden Umfang derselben charakterisierend.

Mehr als dreitausend (3000) Letten und Esthen sind ohne jede Untersuchung und jedes Gericht einfach auf Grund der Verfügung des sogenannten „Feld"-Gerichts", das sich aus vertierten Kosakenoffizieren, deutsch-baltischen Junkern, Landjägern und Polizeispitzeln rekrutierte, erschossen, erstochen und gehenkt worden. Tausende von Menschen sind mit Ruten gezüchtigt und mit Kosaken- und Dragoner-Nagaiken zu Krüppeln geschlagen worden. Exemplarisch sind ganze Gemeinden, wie zum Beispiel die Gemeinde Oberpahlen, schweren Körperstrafen unterworfen worden, wobei man weder Kinder noch 70jährige Greise schonte. Infolge dieser Torturen sind viele gestorben oder wahnsinnig geworden oder werden als Krüppel ihr Leben lang dahinsiechen. Ja, selbst Frauen hat man

bei entblößtem Körper gezüchtigt

wie zum Beispiel in Kondot und Randen, wo der Rittmeister von Sievers eine Frau mit 50, wie mit je 100 und zwei mit je 150 Streichen züchtigte. Im Januar, bei eisiger Kälte, führte eine Horde Kosaken mehrere Frauen, die nur Unterkleider anhatten, vom Gute Karlsruhe nach der zwölf Kilometer entfernten Stadt Wenden; steif gefroren und in bewußtlosem Zustande wurden sie im dortigen Krankenhause untergebracht, wo eine von ihnen am nächsten Tage verschied. Viele Frauen sind von den Leitern der Strafexpeditionen, Offizieren und den baltischen Baronen vergewaltigt und mit venerischen Krankheiten infiziert worden, zum Beispiel vom Grafen Kayserling und Fürsten Lieven, und wurden nachher den Kosaken und Dragonern zur weiteren Vergewaltigung übergeben. Die zum Tode verurteilten Bauern und Revolutionäre werden gemartert; man

bricht ihnen die Glieder entzwei

und schnürt ihnen Hände und Beine so fest zusammen, daß die Schnüre das Fleisch bis auf die Knochen durchschneiden, wie zum Beispiel dies mit Behrsin auf dem Gute Drobusch der Fall war. Fürchterlich gemartert wurden vor der Hinrichtung die Mitglieder des Verbandes lettischer Sozialdemokraten W. Karklin auf dem Gute Wainoden und O. Augstsprogis auf dem Gute Preekuln. Die Aufgeknüpften gestattet man tagelang nicht herunterzunehmen, wie zum Beispiel das Mitglied unseres Verbandes W. Strauß auf dem Gute Preekuln und dem Lehrer Sahlit im Flecken Kreuzburg, wo er auf dem Stationsperron aufgeknüpft wurde. Der Lehrer Singberg im Hasenpotschen Kreise wurde an zwei Haken, die man dem Martyrer in den Nacken und Kinn trieb, aufgehängt. Die Rigaer Polizei verrenkt den erwischten Revolutionären die Glieder, reißt die Sehnen heraus und schindet sie auf die qualvollste Weise, um sie so zu Aussagen gegen sich und ihre Genossen zu zwingen.

Der Vernichtung verfielen vor allem die der Volksbildung und Kultur dienenden Institute, die von den Letten und Esthen ohne Beihilfe der Junker und russischen Regierung und trotz aller reaktionären Umtriebe ins Leben gerufen wurden. Das Theater des Rigaer Lettischen Geselligkeitsvereins ist in eine Dragonerkaserne umgewandelt worden; als Kaserne benutzt man auch viele Schulhäuser und Gebäude verschiedener lettischer Vereine. Viele Vereins- und

Volksbibliotheken sind ausgeplündert und niedergesengt;

viele Literaten und Verleger, die nicht rechtzeitig entfliehen konnten, sind verhaftet, wie zum Beispiel der Lehrer und Schriftsteller Deewkozin und der Verleger Osols; viele Buchhandlungen sind mit allen Büchern eingeäschert worden. Groß ist die Anzahl der füsilierten, gehenkten und körperlich gezüchtigten Volksschullehrer; in Ungerburg züchtigte man zwei Lehrer in Anwesenheit ihrer Schüler. Jeder Begriff von Moral und Ehre wird von der russischen Regierung und den deutsch-baltischen Junkern mit Füßen getreten.

Die Strafexpeditionen haben Hunderte von Bauerhöfen ausgeplündert und niedergesengt. Die auf diese unerhörte Weise jeden Obdachs und aller Existenzmittel beraubten Leute müssen in den Wäldern umherirren oder in Höhlen, Kartoffelgruben und Heuschemen verborgen leben. Den Nachbarn ist bei Todesstrafe verboten, diesen Unglücklichen Unterkunft zu gewähren. Den psychischen Zustand der eingeschüchterten Bauern und die Grausamkeit der Strafexpeditionen charakterisiert am besten folgender Vorfall: In Dinsburhen, Gouvernement Kurland, umzingelten Dragoner in einer frostigen Nacht einen Bauernhof, wo einer der verfolgten Bauern ohne Oberkleider, barfuß aus dem Fenster heraussprang und davonlief. Nach mehr als zwölfstündigem Umherirren im Walde und durch die Felder kehrte der Unglückliche mit blutenden Füßen und halberstarrt zu seinem Nachbar ein. Letzterer, sich fürchtend vor der angedrohten Todesstrafe, übergab ihn der nächsten Strafexpedition, welche

den Halberfrorenen ohne weiteres erschoß.

Die gebrandschatzten Bauernhöfe gestattet man nicht von neuem zu errichten. Alles mühselig ersparte Geld wird bis zur letzten Kopeke den Bauern gewaltsam abgenommen, wie z. B. dem Bauern Jakob Spruhde in Nodaggen (Kurland). Vießfutter, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen, lebendes und totes Inventar, Getreide und Vieh, alles wird von den Strafexpeditionen mit Feuer und Pyroxylin vernichtet oder mitgeschleppt. Die Kosaken allein haben, laut offiziellem Bericht der Zentralpostverwaltung, seit Einführung des Kriegszustandes aus den baltischen Provinzen drei Millionen Rubel in barem Gelde und für mehr als drei Millionen Rubel Wertpakete nach Hause gesandt. Mit einem Wort, in Lett- und Esthland arbeiten die deutsch-baltischen Junker und die russische Regierung emsig daran, daß Hungersnot und Epidemien ausbrechen.

Die Bestialitäten dieser reaktionären Hunnen, die selbst die Greuel Johann des Grausamen während des livonischen Krieges im 16. Jahrhundert weit übertreffen, wird die unparteiische Geschichte Lett- und Esthlands an den Pranger stellen. Wir lenken die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt darauf, daß die Exekutions-Expeditionen, falls sie nicht von den deutsch-baltischen Junkern resp. mit ihnen verwandten Offizieren angeführt worden wären, niemals sich solche Bestialitäten hätten zuschulden kommen lassen. Verkleidet als Offizier durchzogen diese moralisch und physisch verkommenen Feudalherren zusammen mit sinnlos betrunkenen Kosaken und Dragonern die baltischen Provinzen und stellten die Listen der „Schuldigen" zusammen,

zündeten eigenhändig die Bauernhöfe an

und erschossen und strangulierten die Bauern, falls selbst die Kosaken manchmal sich weigerten, solches zu tun. In die „Sünderliste" wurden oft Namen ganz harmloser Menschen nur einzig darum eingetragen, weil sie früher, in ruhigen Zeiten, den Junkern die Hand nicht geküßt oder sich erdreistet hatten, gegen sie einen Strafprozeß anzustrengen. Von den deutsch-baltischen Edelleuten, die durch ihre Bestialitäten sich ganz besonders hervorgetan haben, wollen wir nur folgende anführen: Fürst Lieven, Graf Kayserling, Baron Manteuffel, von Schröders, v. Brödrich, v. d. Recke, v. Voigt, Baron Bär, Rahden und Graf Medem — in Kurland; Baron Strick, von Brümmer, Maydel und Wolff — in Livland. Baron Maydel (Jewe-Esthland) befahl, auf einen friedlichen Bauernhof Feuer zu eröffnen, und als die zu Tode erschrockenen und unschuldigen Bauern herausliefen, schoß er noch auf die Fliehenden — Kinder, Frauen und Männer. In Seßwegen befahl von Renngarten, dem Kutscher Karlow, der, als er zum Richtplatz geführt wurde, ausrief: „Nieder mit der Gewaltherrschaft! Hoch die Revolution!"

die Zunge auszuschneiden

und ihn darauf zu strangulieren.

Die Straf-Expeditionen treiben für die Junker die Arendegelder auf die brutalste Weise ein und belegen die Bauern wegen irgend eines revolutionären Aktes, der im Gebiete ihrer Gemeinde verübt worden ist, zum Beispiel wegen Demolierung von Schnapsbuden oder wegen Vernichtung von Steuer- und Rekrutenlisten usw., mit unerhört hohen Geldstrafen. Jeder, der bis zur festgesetzten Frist, und sie ist stets sehr kurz, die über ihn verhängte Geldstrafe nicht bezahlen kann, wird erbarmungslos vom Hofe verjagt. So zum Beispiel wurden in der Gemeinde Jewe, wo über die Bauern eine Geldstrafe von 3000 Rubel verhängt worden war, alle Unbemittelten bei Nacht und eisiger Kälte ins Freie gejagt und ihre Wohnhäuser amtlich versiegelt. Um zu charakterisieren, welche Rolle das Krautjunkertum bei der Vergewaltigung der Letten und Esthen gespielt hat und noch immer spielt, und um die völlige Anarchie in den Regierungskreisen zu illustrieren, sei folgendes angeführt: Ende Dezember (alten Stils) vorigen Jahres erließ der kurländische Gouverneur von Böckmann ein Zirkular, worin er die Mitglieder der neuen revolutionären Institutionen, die sich die Regierungsgewalt angeeignet hatten, aufforderte, bis zum 15. Januar (a. St.) vor den gesetzlichen Behörden zu erscheinen und Abbitte zu leisten. Den Herrenmenschen von Ar und Halm schien diese Verfügung nicht schneidig genug und zu sentimental. In ihren Leiborganen (z. B. in der Dünazeitung und in der Libanschen Zeitung) zerpflückten sie nach allen Regeln des feinen Tones diese Verfügung v. Böckmanns und mit Einwilligung des Kreischefs begannen sie schon am 2. Januar (a. St.) dieses Jahres eine Massenschlächterei in ganz Kurland. Diese allbekannte Tatsache straft Lügen die Behauptung der Frankfurter Zeitung und anderer deutscher bürgerlicher Blätter, daß die armen Junkerlein ja auf höheren Befehl des Generalgouverneurs haben die Exekutions-Expeditionen begleiten müssen

Schreck und Entsetzen

hat die Letten ergriffen. Es scheint fast, daß die deutsch-baltischen Barone und russischen Kosaken sie von der Erde vertilgen wollen, wie sich manche Junker im Gespräch mit ausländischen Zeitungs-Korrespondenten tatsächlich auch geäußert haben. Nur so können wir uns das, was jetzt in unserem Lande mit unseren unglücklichen Landsleuten vorgeht, erklären. Obgleich auf keine Weise all die unbeschreiblichen Bestialitäten, die die Straf-Expeditionen in Lett- und Esthland begehen, sich entschuldigen lassen, nichtsdestoweniger wollen wir versuchen, klarzulegen, wodurch eigentlich diese Greueltaten hervorgerufen worden sind? Folgendes ist die Antwort darauf: Die Letten und Esthen, die volle sieben Jahrhunderte das harte Joch der deutschen Junker getragen haben und von letzteren noch in ihrem eigenen Lande als Menschen eines niederen Standes verachtet und mißhandelt wurden, verlangten die Gleichberechtigung mit den Feudalherren in ihren Kirchen- und Schulangelegenheiten, wie auch in der Institution der öffentlichen Selbstverwaltung; sie forderten auch die gleichmäßige Verteilung aller Kommunallasten unter allen Grundbesitzern, die Aufhebung aller feudalen Privilegien, wie zum Beispiel das ausschließliche Recht der Junker, Brauereien, Branntweinbrennereien, Krüge, Mühlen und andere industrielle und kommerzielle Etablissements zu errichten, Fischfang und Jagd zu betreiben und verlangten die Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz. Von einer Proklamierung einer selbständigen lettischen bezw. baltischen Republik ist in keiner lettischen noch estnischen Ausgabe auch nur ein Sterbenswörtchen zu finden, und diese freche Lüge haben die Junker nur verbreitet, um die über die wahren Verhältnisse in den Grenzmarken ganz miserabel informierte russische Regierung nur noch mehr einzuschüchtern und sie als ein blindes Werkzeug ganz in ihre Hände zu bekommen. Die Letten und Esthen forderten nur eine weitgehende territoriale Autonomie mit eigenem Landtage in Riga. Die schwer bedrückten und schamlos ausgebeuteten Landarbeiter forderten außerdem noch eine

Erhöhung des Arbeitslohnes

und eine Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Das sind in Kürze all die „frechen" Forderungen der „unbotmäßigen" Letten und Esthen, über die die „gentlemanliken und botmäßigen" Herrenmenschen jetzt ein wahres Wutgeheul anstimmen. Ihren scharfen Charakter nahm die Bewegung erst im Februar 1905 an, als die Landarbeiterstreiks losbrachen und politische Demonstrationen vor und in den Kirchen veranstaltet wurden, um so ein Ende der reaktionären Agitation seitens der von den Junkern völlig abhängigen Pastoren zu machen, und so öffentlich dagegen zu protestieren, daß die Kirche zu einem politischen Werkzeug in den Händen der deutschen Junker und der russischen Selbstherrschaft herabgewürdigt werde. An eine Verjagung der Junker dachte damals noch niemand. Dieser Ruf erscholl erst später, als sie zu Verrätern an unserem Volk und Land wurden, indem sie, dank ihrer unaufhörlichen Vorstellungen in Petersburg, die Einführung des verstärkten Schutzes (ab 13. März 1905) durchsetzten, indem sie freiwillige „Ehrenspitzel" und Polizisten wurden (ab 7. Juli), indem sie bei den Haussuchungen noch schlimmer hausten, als ihre Amtsbrüder, die eigentlichen Gendarmen und Spitzel, indem sie bei den Kirchen, auf den Landstraßen und Bauernhöfen Arbeiter und Bauern überfielen und sie schwer mißhandelten, indem dank ihrer allbekannten Aufdringlichkeit die

Proklamierung des Kriegszustandes über ganz Kurland

(ab 6. August) erklennten, und indem sie schon zu Anfang Oktober die Einführung des Standrechtes, auf Grund dessen jetzt in Lett- und Esthland Blut und Tränen in Strömen fließen und herzzerreißende Wehklagen der Gepeinigten das Land durchzittern, forderten. Erst dann wurden Stimmen laut, die auf die schurkischen Umtriebe der Junker hinwiesen und aufforderten, das Land und die Wälder dieser blaubblütigen Hyänen zu konfiszieren und sie aufzufordern, das einst von ihnen mit List und Mord usurpierte Land freiwillig zu verlassen.

Dies ist in Kürze die sozialpolitische Grundlage, auf der sich die Revolution in Lett- und Esthland abspielte.

Die von den deutsch-baltischen Baronen im Auslande verbreitete Mär, daß die baltische Revolution einen nationalen Charakter trage, ist eine bewußte Lüge. Bei keiner Revolution ist das politische und agrar-soziale Moment so prägnant zum Ausdruck gelangt, wie gerade bei der revolutionären Bewegung in Lett- und Esthland.

Dieselben Herrenmenschen beschuldigen unsere Organisation und unser Volk verschiedener Gewalttätigkeiten, die während der revolutionären Bewegung vorgekommen sein sollen. Darauf müssen wir erklären, wie die Sachlage tatsächlich war. Dank den berüchtigten russischen Gesetzen war der Organisation jede Möglichkeit genommen, so umfangreich und stark zu werden, daß sie die ganze Bewegung zu leiten und sie an jedem Orte zu überwachen imstande gewesen wären. Nur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190607 04-11/fragment/page=0001

die Befehlshaber einer streng disziplinierten Armee können, und auch das nur bis zu einem gewissen Maße, für eine jede Handlung der ihnen Unterstellten verantwortlich gemacht werden.

Bei Massenbewegungen kommen ja ganz unabhängig von den Organisationen und oft direkt wider ihren Willen unerwünschte Vorfälle und Handlungen vor, die man vom Standpunkt des modernen Strafrechts nicht auf das Kerbholz der Organisationen und noch viel weniger auf das eines ganzen Volkes setzen darf, wie es die biederen Junker zu tun belieben. Aber solche

Gewalttätigkeiten seitens der Revolutionäre

sind in der baltischen revolutionären Bewegung höchst selten vorgekommen. Durch offizielle Dokumente ist unwiderleglich festgestellt worden, daß die während der revolutionären Bewegung neugewählten Gemeindeverwaltungen nicht nur nirgends die Schlösser der Junker zu demolieren gestattet, sondern sogar zu deren Schutz alle nötigen Maßregeln ergriffen haben. Die Sache ist nämlich die, daß diese Gemeindeverwaltungen oder die sogenannten Exekutivkomitees, obgleich sie auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts (auch Frauen genossen das Stimmrecht) gewählt worden waren, dennoch zum größten Teil aus Angehörigen des sehr gemäßigten bäuerlichen Mittelstandes, das heißt: Bauernhofbesitzern und nicht Landarbeitern, bestanden. Die Schlösser der Barone wurden von den fliegenden Kolonnen der Revolutionäre vernichtet, und zwar nur solche, deren Eigentümer früher bei sich Kosaken und Soldaten einquartiert und gegen die Landbewohner verschiedene Gewalttätigkeiten begangen hatten. Menschlichen Gutsbesitzern ist nichts Böses widerfahren, ein Umstand, der nachher diesen ehrwürdigen Bürgern verhängnisvoll werden sollte, da die Straf-Expeditionen jeden Gutsbesitzer, dessen Leben und Gut nicht gefährdet worden war, ohne weiteres des Sympathisierens mit der revolutionären Bewegung beschätigten und an einigen derselben selbst die Todesstrafe vollzogen haben, wie es zum Beispiel mit einem Gutsbesitzer im Kreise Tuckum (Gouvernement Kurland) der Fall war. Wie human überhaupt die Revolutionäre und das Volk sich den Baronen gegenüber verhielten, ersieht man am besten aus folgenden paar Beispielen: Baron Wolff von Schwanenburg (Gouvernement Livland)

erschoß eigenhändig zwei Bauern

dafür, daß sie sich weigerten, seinen unakzeptablen Arendekontrakt anzunehmen. Dieser „edle Ritter" wurde nachher vom Volke verhaftet, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen. In der Umgegend Kokenhusens wurden von Revolutionären ein paar Dutzend Junker zusammen mit den sie begleitenden Kosaken und Tschercssen eingefangen, jedoch nach ein paar Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, verboten die Revolutionäre, geistige Getränke herzustellen und zu verkaufen, und die Volksgerichte bestraften aufs allerstrengste alle Diebe und Räuber. Noch niemals sind in Baltien so wenig Diebstähle und Raubüberfälle zu verzeichnen gewesen, wie gerade in den Tagen der revolutionären Hochflut. Diese Tatsache war auch den Herrenmenschen bekannt, wie das aus ihren Zeitungen vom November und Dezember vorigen Jahres zu ersehen ist.

Es wird wohl keinen einzigen Letten oder Esthen geben, der nicht auf die eine oder andere Weise von den blutriefenden Exekutions-Expeditionen gelitten hätte. Offiziell sind letztere jetzt aufgehoben, aber faktisch treiben sie ihre

Schinder- und Henkerarbeit

im geheimen noch lustig weiter, wie das aus einer Korrespondenz in der lettischen Zeitung Petersburger Abtaß vom 28. April (a. St.) dieses Jahres zu ersehen ist. „Am 13. April (a. St.) sind in Marienburg (Gouvernement Livland) fünf Menschen erschossen und zwei aufgehängt worden. Unter den Erschossenen befindet sich Fräulein Balod, ein 16jähriges Mädchen. Ihr Bruder wurde schon im Dezember füsiliert. Sie selbst wurde vor etwa einem Monat verhaftet. Nachdem man sie mit 100 Rutenstreichen gezüchtigt hatte, wurde sie freigelassen. Auf dem Heimwege sang sie revolutionäre Lieder, wofür sie sogleich, von neuem arretiert, nochmals einer noch schwereren Körperstrafe unterzogen und dann ohne weiteres sofort erschossen wurde. Gleichzeitig damit wurde auch ein 60jähriges Mütterchen, das man der Aufbewahrung von Waffen beschuldigte, ohne weiteres füsiliert."

Den Letten und Esthen bleibt nur noch eine Hoffnung übrig — die Unterstützung der zivilisierten Welt, an die sie sich jetzt mit der bebenden Frage wenden: Wird die zivilisierte Welt, die es für ihre Pflicht hielt, sich in den macedonischen und armenischen Angelegenheiten zu mischen und den Judenmetzeleien Einhalt zu gebieten bemüht war — wird die zivilisierte Welt ohne den geringsten Protest ihrerseits apathisch zusehen, wie gegen die unglücklichen Völker Baltiens, Letten und Esthen, über die die deutsch-baltischen Junker schon sieben Jahrhunderte lang

ein Schreckensregiment sondergleichen

geführt haben, die allerscheußlichsten Bestialitäten verübt werden? Wird die zivilisierte Welt ruhig gestatten, daß das kulturelle Lett- und Esthland in eine Wüsteneі und einen Kirchhof verwandelt werden, wie es die deutsch-baltischen „Kulturträger" und die russischen Kosaken anstreben? Werden denn selbst diejenigen großen Kulturvölker, deren Parlamente im Jahre 1831 den ins Ausland verschlagenen polnischen Revolutionären eine Geldunterstützung zusprachen und deren Freiheitsideen und wohlgeordneten Staatsverhältnisse uns in unserem Kampf für Freiheit und Menschenrechte begeistert haben, kein Wort des Abscheues über die die Menschheit entwürdigende Inquisition, welche jetzt in Baltien ihre wildesten Orgien feiert, finden?

Haben denn die drei Millionen Letten und Esthen gar kein Anrecht auf Sympathien seitens der zivilisierten Welt in ihrem schweren Ringen um die elementarsten Menschenrechte, um ihre nationale Autonomie, um ihre Ehre und ihr Leben? Solche Fragen drängen sich der Mehrheit des Volkes auf, indem es an die zivilisierte Welt appelliert.

Unsere Stellung, die Stellung der revolutionären Sozialdemokraten, ist eine etwas andere. Hochschätzend die geregelten Rechts- und Staatsverhältnisse, die so vorteilhaft Westeuropa von Rußland unterscheiden, werden auch wir selbstverständlich es nicht unterlassen, an die zivilisierte Welt, besonders an die Demokraten und Sozialisten, zu appellieren, und sie nach Möglichkeit mit all den erschütternden Greueltaten, die sich jetzt in unserem unglücklichen Lande abspielen, und die von einer völligen Anarchie innerhalb der russischen Regierungskreise zeugen, bekannt zu machen. Doch darauf allein wird sich unsere Tätigkeit nicht allein beschränken. Als Verfechter der Demokratie, der wahren Gerechtigkeit, Gesetzlichkeit und Freiheit, werden wir jetzt gegen die russische Schreckensregierung und das verderbte deutsch-baltische Junkertum einen Kampf auf Leben und Tod beginnen. Vor keinem Opfer, keiner Qual zurückschreckend, werden wir alles tun, was das Interesse, die Ehre und das Leben unseres beschimpften und schwer mißhandelten Arbeitsvolkes von uns erheischt.

1906.

Der Verband lettischer Sozialdemokraten.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 2. Juli 1906.

Preußischer Landtag.

Das Herrenhaus trat am Montag 1 Uhr wieder zusammen. Zunächst gedachte der präsidierende Fürst Knyphausen in unbehülflich-holprigen Sätzen des verstorbenen Bureaudirektors Reißig. Dann wurde die bekannte lex Schiffer, die die beiden vom Volksschulgesetze betroffenen Artikel der preußischen Verfassung aufhebt bezw. ändert, in der verfassungsmäßig vorgeschriebenen zweiten Abstimmung angenommen. Die Regierung wird die lex Schiffer gleich publizieren lassen und damit sind Koscielskis Bedenken zerstreut, ist die Verfassungsmäßigkeit der Schulvorlage allen Zweifeln entrückt worden. So sagt wenigstens Herr Studt, der noch so lange Kultusminister ist, bis Herr Schwartzkopf oder ein anderer sein Nachfolger wird.

Nun kam es zur **Schulvorlage** selbst. Beim § 1 entwickelte sich so etwas wie eine Generaldebatte. Sehr fromm ist der Professor Reinke, der in Kiel Botanik doziert und im Berliner Herrenhause für alle reaktionären Gesetze, so vor einem Dezennium für die lex Recke, stimmt. Natürlich ist er auch für die Verpfaffung der Volksschule Feuer und Flamme. Mit dieser Verpfaffung ist auch Mirbach, der Staatsstreichgraf aus Sorquitten, ganz einverstanden, aber ihm wurmt es, daß die Gutsbesitzer blechen sollen. Der Berliner Oberbürgermeister Kirschner wandte sich gegen die Festlegung der Konfessionalität. Weiter geht aber der Mannesmut des kurulischen Freisinnigen nicht. Der Vertreter des Herrenhaus- und Kommunal-Liberalismus erklärte sich ausdrücklich gegen die prinzipielle Schul-Gesetzgebung des französischen und selbst des englischen Liberalismus und flehte im Jeremias-Tone, doch um himmelswillen nicht der „kirchenfeindlichen" Agitation der Sozialdemokratie neuen Stoff zu geben. Der Minister Studt sang wieder das alte Lied von der segenspendenden Konfessionalität, der zu Liebe der fromme Frhr. v. Durant sogar die „Mehrbelastung" des alten befestigten Grundbesitzes schlucken will. Beim § 8. der von der Verteilung der Lasten handelt, wurde auf Antrag Mirbach die Beratung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Das Abgeordnetenhaus trat nach ausgedehnter, durch Fortbezug der Diäten verschönten Pfingstpause am Montag 12 Uhr wieder zusammen. Das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Pleß (Ztr.) und Kropatscheck (kons.) wurde in der üblichen Weise geehrt. Die Novelle zum Kommunal-Abgabengesetz, an welcher das Herrenhaus eine Reihe Aenderungen vorgenommen hat, wurde nach wenig erheblicher Debatte mit diesen Aenderungen angenommen. Nur in einem Punkte wollen die bloß geehrten Herren sich den Beschlüssen der erlauchten und edlen Herren nicht fügen. Das Herrenhaus will die „Ueberbürdung" zur Voraussetzung der Heranziehung der Betriebsgemeinde zu den Lasten der Wohngemeinde machen, das Abgeordnetenhaus hält aber am Ausdrucke „unbillige Mehrbelastung" fest. Es ist, wie der Volksparteiler Cassel mit Recht ausführte, ein Streit um Worte, wobei vielleicht sogar die Herrenhausfassung einen gewissen Vorzug verdient. — Der Antrag des Nationalliberalen Mathis, im nächsten Etat die Gerichts- mit den Verwaltungssekretären gleichzustellen, fand allseitige Zustimmung und wurde angenommen. Die Regierung, für die Justizminister Beseler sprach, zeigte sich bockbeinig. Sie bevorzugt das „System der gehobenen Stellen", diesen Nährboden des Günstlingswesens und der Streberei. — Dann wurden eine Anzahl meist sehr persönliche Dinge betreffender Petitionen erledigt. Eine Petition um Besserstellung der Mädchenschullehrer wurde zur „Berücksichtigung" überwiesen. — Weitere Petitionen und kleinere Vorlagen stehen am Dienstag zur Beratung.

Wahlschacher.

In Altena-Iserlohn werden am 10. Juli freisinnige und nationalliberale Wähler zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie in der Stichwahl zu entscheiden haben. Nach der Germania nimmt die Parteileitung des Zentrums mit Bestimmtheit an, daß beide Parteien für das Zentrum entscheiden werden, da auch die Zentrumsleitung vor der Hauptwahl erklärt habe, daß ihre Partei auf jeden Fall gegen die Sozialdemokratie und für den Kandidaten der Ordnungsparteien (also eventuell auch für den Nationalliberalen) stimmen werde. Wenn in zwei Jahren eine der beiden Parteien mit der Sozialdemokratie in die Stichwahl kommen sollte, so würde die dann die Hilfe des Zentrums ebenso brauchen wie jetzt das Zentrum die ihre. Außerdem läge es im Wahlkreise Hagen-Schwelm in der Hand des Zentrums, dem Freisinn zum Siege zu verhelfen. Würden die Freisinnigen in Altena-Iserlohn das Zentrum fallen lassen, so würde das Zentrum dem Freisinn in Hagen-Schwelm dasselbe tun.

Es scheint also, daß schon vor der Hauptwahl von Altena-Iserlohn gewisse Abmachungen zwischen den bürgerlichen Parteien getroffen worden sind, die während der Wahlbewegung einander grimmig befehdet haben. Auf alle Fälle ist das angenehme Verhältnis, das sich im Westen zwischen dem Zentrum und den eigentlich kapitalistischen Parteien herausbildet, für die nächsten Reichstagswahlen von großer Wichtigkeit. Daß der vereinigte Ordnungs-Mischmasch unter Umständen gewisse Mandatserfolge erzielen kann, ist unbestreitbar; aber dieser vorübergehende Erfolg ist, wenn er sich wirklich einstellt, teuer genug erkauft durch die Opferung der politischen Zukunft jeder einzelnen Partei, die sich mit solchem Mischmasch einläßt. Das sächsische Ordnungskartell hatte vor kaum anderthalb Jahrzehnten den letzten sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Königreich verdrängt und es ahnte damals in seinem Triumphe nicht, daß es mit diesem augenscheinlichen Siege seine letzte Kraft verausgabt und seine künftige Niederlage besiegelt hatte. Sollte sich im industriellen Westen Preußens eine ähnliche Entwicklung vorbereiten, so hätte die Sozialdemokratie am allerwenigsten Ursache damit unzufrieden zu sein. Für die christlichen Arbeiter ist es sicher eine überaus heilsame Lehre, wenn man sie, nachdem man ihnen in der Wahlagitation das Blaue vom Himmel herab versprochen, auf die Schanzen ruft, um die liberal-kapitalistische Ordnung gegen den Ansturm der roten Bataillone zu verteidigen. Ob dergleichen in Hagen-Schwelm noch möglich ist, wird die nächste Zukunft zeigen sicher aber sind die christlichen Arbeiter in anderen Wahlkreisen keine bloßen Ordnungssoldaten mehr, die man nach Belieben dahin oder dorthin kommandieren kann. Mag sich darum die „eine reaktionäre Masse" zusammenschließen; sie wird noch lange reaktionär bleiben, ob sie aber dabei auch noch lange eine „Masse" bleiben kann, ist eine ganz andere Frage.

Der Reichsverband als Reklametrompeter.

In Hannover-Linden hat sich bekanntlich das Wunder begeben, daß die Stimmenzahl der altersschwachen und durch die Sünden der letzten Reichstagssession schwer belasteten nationalliberalen Partei sich bedeutend vermehrte, und es ist sehr begreiflich, daß man sich allgemein die Köpfe zerbricht, wodurch eine so absonderliche aber Logik hohnsprechende Erscheinung möglich gewesen sei. Nun ist der Reichsverband mit der ihm eigenen Bescheidenheit vor die Rampe getreten, um den Beifall des entzückten Ordnungspublikums für sich allein in Anspruch zu nehmen. Er erklärt in seiner Korrespondenz, die Organi-

---

Mutterfreuden.

Roman von H. Salamon.

25] [Nachdruck verb.]

Als dritter Sohn eines reichen Bauern sollte er ursprünglich das Gymnasium besuchen, um dann die Universität zu absolvieren. Wie er bereits als zwölfjähriger Knabe die Quarta erreicht hatte, starb plötzlich sein Vater am Herzschlag. Der ältere Bruder Fritz übernahm das große väterliche Gut und erklärte, daß die augenblicklichen Verhältnisse nicht dazu angetan seien, dem vom verstorbenen Vater geäußerten Wunsch, daß Karl studieren solle, zur Ausführung bringen zu können. Bis zu seinem vierzehnten Lebensjahr durfte er noch die hohe Schule besuchen.

Friedel kam dann aber zu einem fernen Verwandten, ebenfalls einem Gutsbesitzer, um die rationelle Landwirtschaft zu erlernen.

Sein zweiter Bruder Max hatte auf seinen eigenen Wunsch das Gärtnergewerbe erlernt, wozu er eine sehr ausgesprochene Neigung schon von Kindheit an entwickelte. Als er seine Militärzeit hinter sich hatte, folgte er bald dem Rufe eines reichen Amerikaners, der die Obstkultur in seinem Vaterlande aufs Höchste fördern wollte.

Dort angekommen, hatte er seine gediegenen Kenntnisse im Obstbau schon nach einigen Jahren derart mit ungeheurem Erfolge verwertet, daß man auf den Deutschen aufmerksam wurde und er bald eine sehr gesuchte Persönlichkeit wurde.

So lagen die Dinge, als Karl Friedel sein achtzehntes Jahr erreichte. Die großen Erfolge seines Bruders in Amerika hatten auch in ihm den Entschluß zur Reife gebracht, ungeachtet seiner beginnenden Gestellungspflicht, seinem Bruder zu folgen. Er nahm innigen Abschied von seiner geliebten Mutter, und bald darauf betrat er freudig das Land der Freiheit, wo er mit herzlicher Liebe von Max empfangen wurde. Hier tat sich dem strebsamen jungen Manne eine neue Welt auf. Alles stieg hier ins Ungeheuerliche, Ungeahnte. Aber mit frischer Kraft arbeitete er unter ständiger Aufsicht seines Bruders sich gar bald in die neuen Verhältnisse hinein, um schon nach Verlauf von sieben Jahren ein hübsches Kapital sein eigen nennen zu können.

Da traf eines Tages unversehens die telegraphische Nachricht ein, daß ihre Mutter sehr schwer erkrankt sei, und ihre Söhne noch einmal sehen möchte. Ohne viel Besinnen machten sich die beiden Brüder sofort bereit, nach Deutschland zu reisen. Erst auf der Heimreise fiel Karl Friedel seine längst vergessene Militärpflicht in Deutschland ein. Lange beratschlagten sie, was herbei zu tun sei. Sie konnten jedoch zu keinem Entschlusse kommen und wandten sich um Rat an den Kapitän. Dieser war ein Deutscher, hatte oft derartige Fälle erlebt und gab ihnen den wohlweisen Rat, sobald sie ihre Mutter gesehen und gesprochen, den Fall sofort der Militärbehörde zu unterbreiten, weil nur dadurch die Strafe für Fahnenflucht unter Umständen eine geringe werden würde. Freilich, die zwei Jahre müßte der Fahnenflüchtige auf alle Fälle doch noch nachdienen. Andernfalls jedoch könnte er gewärtig sein, bei seiner Inhaftnahme, die sehr wahrscheinlich sei, schwer bestraft zu werden.

In Deutschland angekommen, befolgte Karl Friedel den Rat des Kapitäns, nachdem er noch kurz vorher die Augen seiner innig verehrten Mutter zur letzten Ruhe zugedrückt hatte. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, und da der Fall sehr milde angesehen wurde, weil der Fahnenflüchtige sich selbst der Behörde gestellt hatte, kam er mit zwei Monaten Gefängnis davon, wovon ihm ein Monat im Gnadenwege erlassen wurde.

Sein Bruder Max reiste nach kurzem Aufenthalt in Deutschland wieder zurück in seine zweite Heimat, während Karl seinen Monat absitzen mußte, um darauf dem Feldartillerie-Regiment in Straßburg zur Ableistung seiner Dienstpflicht zugeteilt zu werden.

Karl Friedel, der alle ihn betreffenden Dinge mit einer beneidenswerten Ruhe auffaßte, fügte sich trotz seiner fünfundzwanzig Jahre willig allen Anordnungen seiner Vorgesetzten und wurde als Muster von einem Soldaten von diesen bezeichnet. Er begriff sofort, daß dieses der einzige Weg sei, um allen Unannehmlichkeiten möglichst aus dem Wege zu gehen. An den nötigen Geldmitteln, sich dem Unteroffizier und Sergeanten gegenüber oftmals gefällig zu zeigen, fehlte es ihm ebenfalls nicht, und so führte er in der Kaserne bald ein ganz erträgliches Leben. Als er dann gar im zweiten Jahre die Gefreitenknöpfe erhielt, fühlte er sich im Vergleich zum ersten Jahr schon ordentlich behaglich in den für ihn immerhin bedrückenden Verhältnissen.

Interessant war für ihn, den ganzen Organismus des deutschen Armeekörpers mit eignen Augen beobachten zu können. Nichts entging seinem scharfen, verständigen Blicke, und so konnte er sich aus eigner Anschauung so manche häufige Begleiterscheinung des ganzen Drillsystems erklären. Namentlich sammelte er mit der Zeit sehr interessantes Material über die, auch in seiner Batterie häufig vorkommenden Mißhandlungen seitens der Vorgesetzten, wenngleich sich dieselben lange nicht in dem Maßstabe häuften, wie in den anderen Linienregimentern.

So war es namentlich der Sergeant Künzel, der sich öfter an die Mannschaften tätlich vergriff. Einen kleinen Rippenstoß erhielt wohl jeder einmal bei dem kleinsten Versehen, darüber wunderte sich auch kein Mensch mehr, das war man schon bald gewöhnt. Wenn der Herr Sergeant am Sonntag von seiner Braut geärgert worden war, was sehr häufig vorkam, dann ließ er seine sehr schlechte Laune am Montag darauf an den Leuten in ausgiebigster Weise aus. So manche Ohrfeige sauste mit mehr oder weniger heftiger Gewalt auf seine auserlesenen Opfer herab. Er nannte das kameradschaftliche Beleuerungen".

Sobald er auf diese Weise seinen Aerger aber los geworden war, blieb er tagsüber der prächtigste Vorgesetzte, den man sich denken konnte; er konnte dann sogar gemütlich werden.

Freilich nach all und jedermanns Geschmack war diese Behandlung nun gerade nicht. Wiederholt hatte schon einer der Mißhandelten mitunter gedroht, dem Hauptmann Mitteilung zu machen. Aber schließlich wurde es doch wieder unterlassen, weil ein jeder wußte, daß für ihn selbst nicht viel dabei herauskam.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Der Schmeichler. Förster: „Gestern sind Sie auch wieder über den verbotenen Weg gegangen, Fräulein!" — Fräulein: „Ich?" — Förster: „Leugnen Sie nicht, ich seh's ja an den Fußstapfen . . . so eine kleine Nummer haben wir in der ganzen Gegend nicht."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060704-11/fragment/page=0002

sationen der bürgerlichen Parteien hätten schlecht oder gar nicht funktioniert. Und so sei es immer. Während die Organisation der Sozialdemokratie fix und fertig zu sein pflege, müsse der Reichsverband die Organisation der bürgerlichen Parteien immer erst wenige Wochen vor der Wahl gleichsam aus dem Nichts herausschaffen. Und das sei eine um so schwierigere Aufgabe, als der Reichsverband mit dem Mißtrauen der parteipolitisch eingeschworenen Wähler zu kämpfen habe. — Darauf antwortet der gekränkte nationalliberale Hannoversche Courier mit der spitzen Bemerkung, die Tätigkeit des Reichsverbandes sei zwar sehr geräuschvoll, aber deswegen doch durchaus nicht vollkommen gewesen, während die nationalliberale Organisation tadellos funktioniert habe. Auch die Nationalzeitung in Berlin wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen die „etwas sehr reklamehafte Selbstverherrlichung" des Reichsverbands. Dieser mag nun allerdings mit einem gewissen Recht über den Undank der Welt klagen; er hat sich in Hannover heiser geschrieen und erhält jetzt den Dank in Form eines kalten Wasserstrahls. Aber der Reichsverband ist nun einmal der geschäftige Agent, der die bürgerlichen Parteien gegen Wahlunfälle versichert, und er kommt wieder beim Fenster herein, wenn man ihn zur Türe hinausgeworfen hat. Können sich doch selbst sozialdemokratische Abgeordnete und Redaktionen vor seinen aufdringlichen Selbstempfehlungen nicht retten.

Zwei Reformchen.

Der halboffiziöse Berliner Lokal-Anzeiger berichtet: Eine Milderung polizeilicher Härten bezwecken zwei Verfügungen des Ministers von Bethmann-Hollweg. Die eine betrifft die Neuregelung der polizeilichen Ermittelung von Personen, die andere sucht die gewaltsame Ausweisung von Ausländern zu beschränken. Der Aufwand der Polizei an Schreibwerk und Kosten zur Ermittelung von Personen steht nach der Ansicht des Ministers häufig nicht im rechten Verhältnis zu dem Erfolg. Bei der Ausweisung von Ausländern ist es ferner vorgekommen, daß diese wochen-, ja monatelang in Polizeihaft festgehalten worden sind, weil die Uebernahmeerklärung ihres Heimatstaates nicht früher einging. Es soll deshalb von jetzt an die Ausweisung im Wege des Transportes nur dann stattfinden, wenn angenommen werden muß, daß der Ausgewiesene der Ausweisung ohne Anwendung körperlichen Zwanges nicht Folge leisten wird.

Es ist ja ganz nett von dem Herrn Minister, derartige Verordnungen zu erlassen, zu den „Strästen, die aufwärts ziehen" gehören derartige oberflächliche Mittelchen aber nicht: Das System des preußischen Polizeistaates mit seiner bütteln-haften Bevormundung, seiner Ausweisungspraxis usw. wird nach wie vor weiterbestehen. Einen Beweis hierfür brachte das gestrige Berliner Tageblatt, das folgende Zuschrift eines von der Berliner Polizei mit der Ausweisung bedachten russisch-jüdischen Kaufmanns veröffentlichte. Der Ausgewiesene schreibt:

„Vor sechs Wochen kam ich mit meiner Frau, die sich im jüdischen Krankenhause einer schweren Operation unterziehen sollte, nach Berlin. Die Operation hat vor vier Wochen stattgefunden; nach ärztlichem Gutachten muß aber meine Frau noch zirka drei Wochen im Krankenhause bleiben. Vorgestern wurde ich nun zur Polizei bestellt. Zwischen einem Wachtmeister und mir entwickelte sich nun das folgende, ziemlich wörtlich wiedergegebene Zwiegespräch:

Wachtmeister (in strengem Tone): Was tun Sie hier?

Ich: Ich habe meine kranke Frau ins jüdische Krankenhaus gebracht, wo sie operiert worden ist; sie wird hier noch zirka drei Wochen bleiben müssen.

W.: Was wollen Sie dann hier? Sie haben hier nichts zu tun, lassen Sie Ihre Frau hier, Sie fahren nach Hause.

Ich: Aber meine Frau ist noch krank, ich bin der einzige, den sie hier hat, der ihr etwas Trost und Hoffnung zusprechen kann. Wir haben einen Paß, und ich kann ohne große Schwierigkeiten nicht allein fahren.

W.: Es wird auch so gehen. Wieviel Geld haben Sie?

Ich (zeige ihm ungefähr 1500 Mark).

W.: Innerhalb vier Tagen müssen Sie abreisen.

Ich: Aber das ist ja unmöglich, ich kann unmöglich meine kranke Frau hier allein zurücklassen. Weshalb denn das? Ich falle Ihnen doch hier nicht zur Last, ich bin ein wohlhabender Kaufmann, der hier jetzt schon manches Hundert Rubel ausgegeben hat.

W.: Darauf kommt es nicht an, Sie müssen fort: in spätestens vierzehn Tagen müssen Sie Deutschland verlassen.

Blamierte Freisinnige.

Der Gewaltstreich gegen die Remscheider Ortskrankenkasse, der darin bestand, daß am 1. Februar der freisinnige Oberbürgermeister der Stadt Remscheid formell und materiell rechtswidrig den Vorstand der Remscheider Ortskrankenkasse seines Amtes entsetzte, war am Mittwoch Gegenstand der Verhandlung vor der Strafkammer in Elberfeld. Die Freisinnige Zeitung behauptete, es sei durch den Oberbürgermeister amtlich die schlimmste Korruption dort festgestellt u. s. w. Die ganze bürgerliche Presse druckt natürlich diese Behauptungen mit Wonne nach. Die zwecks Beseitigung der Selbstverwaltung und zwecks Unterstützung organisatorischen Vorgehens kontraktbrüchiger Aerzte ausgestreuten Verdächtigungen wurden bereitwilligst aufgenommen. Die Remscheider Kassenmitglieder — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — widerlegten Punkt für Punkt der von der bürgerlichen Presse kolportierten Unwahrheiten.

Die Frei. Zeitung verblieb trotzdem bei ihren Anwürfen. Im Reichstage spendete gar der freisinnige Abgeordnete Eickhoff am 8. Februar dem Remscheider Oberbürgermeister für seinen Eingriff in die Selbstverwaltung begeisterte Lobsprüche. Auch im Reichstage wurde Punkt für Punkt der von dem Oberbürgermeister ausgesammelten, von der bürgerlichen Presse nachgebeteten „Enthüllungen" über die „Mißwirtschaft" der „sozialdemokratisch geleiteten" Kasse widerlegt. Die bürgerliche Presse verblieb bei ihren Verdächtigungen; nur vereinzelte bürgerliche Organe verwiesen darauf, daß die Gerichtsverhandlungen ja die Wahrheit enthüllen würden.

Nun hat das Gericht in erster Instanz sein Urteil über die schwerste Beschuldigung des Bürgermeisters gesprochen: Es lautet vernichtend gegen den von Herrn Eickhoff in Schutz genommenen Arzt und gegen den Oberbürgermeister.

Das Gericht kam zu der Ansicht, daß beide Angeklagten sich der Untreue nicht schuldig gemacht haben. Weil aber Rötger den Kassenarzt Weinert dazu bestimmt hat, weitere Verbandstoffe bei Koch zu gebrauchen, habe er sich der Anstiftung zur Unterschlagung schuldig gemacht, jedoch bei dem ganz geringen Wert der Sache sei eine Geldstrafe von 20 Mk. als ausreichend zu erachten. Der Angeklagte Zeil wird freigesprochen und die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Genossin Rosa Luxemburg ist, wie der Vossischen Zeitung aus Warschau gemeldet wird, gegen eine Kaution von 3000 Rubeln auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Otto Gäbel, ist gestern früh gestorben.

Die nationale Entrüstung bürgerlicher Blätter wendet sich mit heiligem Eifer gegen den Vorschlag eines Graudenzer polnischen Blattes, ein deutsches Blatt zu begründen, in welchem die Sache der Polen verfochten werden soll. An und für sich ist natürlich nicht einzusehen, warum nicht auch die bürgerlichen und zum guten Teil frommen Polen die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchen sollen. Die Hakatisten haben aber freilich alle Ursache, die Ausführung dieses Planes mit einiger Beklemmung entgegenzusehen; denn die preußischen Polen haben gar mancherlei zu erzählen, was jenen Herren zu hören gar nicht lieb ist. Das geplante deutsche Polenblatt würde voraussichtlich eine politische Richtung einschlagen, mit der die Sozialdemokratie nicht einverstanden ist; jedes tatsächliche Material aber, das die preußisch-deutsche Gewalt- und Korruptionswirtschaft im Osten in ein helleres Licht rückte, würde der deutschen Arbeiterpresse durchaus willkommen sein.

Gegen die Konfessionsschule. Der Gemeinderat von Kolmar (Elsaß) beriet gestern über die Anträge des Freidenkervereins und der demokratischen Stadträte Scheuer und Genossen betreffend Aufhebung des konfessionellen Charakters der städtischen Kleinkinderschulen und städtischen Spezialschulen. 14 Stimmen waren dafür, 14 dagegen. Die Stimme des Bürgermeisters, Abgeordneten Blumenthal, entschied die Annahme des Antrags.

Der Prozeß gegen den Divisionspfarrer Bachstein, der bekanntlich Einrichtungen der katholischen Kirche beschimpft haben soll, erlebte am Sonnabend seine siebente Verhandlung vor dem Reichsmilitärgericht. Pfarrer Bachstein hatte gegen das Urteil des Oberkriegsgerichts Münster, das ihn mit einem Tage Gefängnis bestraft hatte, Revision eingelegt. Das Reichsmilitärgericht erkannte auf Aufhebung des Urteils und wies die Sache zur achten Verhandlung an das Oberkriegsgericht Münster zurück.

Ein Protest gegen die Maßregelung Korells. Der Vorstand der freien landeskirchlichen Vereinigung für das Großherzogtum Hessen erklärte in bezug auf die Maßregelung des Pfarrers Korell durch das Ober-Konsistorium, daß er den gegen Korell in dem Erkenntnis des Ober-Konsistoriums angeschlagenen Ton als auch die Entscheidung selbst bedauere.

Schutz dem Schutzmann. Nach einer Meldung der Frkf. Ztg. machte der Rechtsanwalt Waldstein vor dem Schöffengerichte in Altona gelegentlich einer Anklage wegen Widerstandes gegen einen Schutzmann die Aufsehen erregende Mitteilung, daß von oben herab Anweisung gegeben sei, in Anklagesachen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt ein für allemal Gefängnis zu beantragen und jedesmal, falls auf Geldstrafe erkannt wird, Berufung einzulegen.

Ein Hitzemarsch. Bei einer Felddienstübung des zweiten Bataillons des 11. bayrischen Infanterie-Regiments wurden 30 Soldaten in der vorigen Woche infolge der großen Hitze krank. Ein Teil davon liegt noch jetzt im Garnisonlazarett.

Opfer einer militärischen Uebung. In Metz stürzte bei einer Uebung des Feldartillerie-Regiments Nr. 33 die Lafette eines Geschützes in einer Erdmulde um, wobei einem Kanonier der Schädel vollständig zertrümmert wurde, während zwei andere Kanoniere schwere Verletzungen erlitten.

Auf der Heimreise aus Deutsch-Südwestafrika ist der Ulan Trautwein aus Langensalza am 16. Juni 1906 an Bord des Dampfers Lulu Bohlen an der Ruhr gestorben.

Ausland.

Spanien. Menschenblut für Stierblut. In Collale (Provinz Valencia) wollte die Bevölkerung ohne Erlaubnis der Behörden ein Stiergefecht veranstalten. Vor Beginn des Gefechts erschienen Gardisten, die dasselbe verhindern sollten. Die aufgeregte Menge bewarf das Militär mit Steinen, worauf die Soldaten von ihrer Waffe Gebrauch machten. Bei dem nun entstehenden Handgemenge wurden zwei Personen tödlich und mehrere leicht verletzt.

Afrika. Bestialische Justiz der Engländer in Aegypten. Die vier Eingeborenen, die wegen des Angriffes auf die englischen Offiziere zum Tode verurteilt worden waren, wurden, wie der Frankf. Ztg. aus Kairo gemeldet wird, am Donnerstag hingerichtet, während gleichzeitig sechs andere Eingeborene öffentlich gepeitscht wurden. Die Verurteilten wurden in der frühen Morgenstunde unter Infanterie-Eskorte an die Mordstelle geschafft. Der Wagen, auf dem der Galgen und der Pfahl verladen waren, an den die zu peitschenden Eingeborenen gebunden werden sollten, folgte später. Hauptmann Machell aus dem ägyptischen Ministerium des Innern wählte den Platz in der Nähe des Weges für die Hinrichtung aus. Die Hinrichtungsstätte wurde mit einem Strick umzogen und der Galgen sodann aufgepflanzt. Es wurde zunächst einer der Verurteilten gehängt, während die anderen gepeitscht wurden. Bei jeder Hinrichtung wurden neue Sträflinge gleichzeitig gepeitscht. Der Platz war mit Truppen umstellt. Die Ortsbevölkerung sah dem grausigen Schauspiel zu. Die Weiber stießen während des ganzen Vorganges ein Klagegeheul aus. Die zur Hinrichtung oder zur Prügelstrafe verurteilten Leute gingen ihrem Schicksal mit Fassung entgegen.

Zur Revolution in Rußland.

Finanzsorgen. An der Moskauer Börse weiß man, dem sozialdemokratischen Putz zufolge, daß die ausländischen Banken zwecks Vorbeugung einer Schädigung durch das Fallen der russischen Papiere nach Beratungen mit der Berliner Deutschen Bank ein internationales Konsortium bilden.

Die Lage in Südrußland ist eine höchst bedrohliche. Aus Odessa sind bereits viele Familien geflüchtet. Der Dampferverkehr nach Galatz wurde eingestellt. Der Streik in Odessa ist allgemein. Es sind Kriegsschiffe nach dort entsandt worden. In Sebastopol ist angeblich die Revolution ausgebrochen. In Batum wurde während der Straßenunruhen ein Kosakenoffizier auf offener Straße erschossen.

Die Gärung unter den Truppen. Das erste Bataillon des Preobraschensky-Regiments ist an seinem Verbannungsort Medjed angekommen. Es wird daselbst neu uniformiert und dabei seine Gardeabzeichen verlieren. Die Untermilitärs stehen unter strenger Bewachung. Nach Futorisch, einer kleinen Station der Moskau-Rybinsk-Bahn, sind ebenfalls 80 Mann und vier Offiziere verbannt worden. — Der Kommandant des Regiments hat an alle auf Urlaub befindlichen Offiziere die Aufforderung gerichtet, sofort ihren Urlaub abzubrechen und zum Regiment zurückzukehren.

Agrarunruhen. Die Bauernunruhen im Gouvernement Tula haben sich auf die Nachbargebiete ausgedehnt. Mehrfach wurden die Besitzungen der Großgrundbesitzer in Brand gesteckt. Der Gouverneur erklärte, keine Truppen zur Hilfe entsenden zu können, da die Zahl der ihm zur Verfügung stehenden Mannschaften nicht ausreiche.

Befreiung eines Gefangenen. Bei dem Transport eines politischen Gefangenen, Namens Vinogradow in Petersburg, folgten zwei Droschken dem Gefängniswagen. Die Insassen der ersten Droschke überfielen plötzlich den Gefängniswagen, erschossen den Wärter mit einem Revolver und befreiten den Gefangenen, worauf sie in der zweiten Droschke mit ihm die Flucht ergriffen.

Das Schicksal der Spiridonowa. Der Gesundheits-Zustand der revolutionären Heldin, M. A. Spiridonowa, hat sich in der letzten Zeit endgültig verschlimmert. Das Blutspeien nimmt einen gefährlichen Charakter an. Die Kranke fühlt — den Birshewyja Wedomosti zufolge — einen starken Kräfteverfall und Appetitmangel. Kopfschmerzen quälen besonders des Nachts das unglückliche Mädchen in heftigster Weise.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, den 2. Juli.

Heute begann am hiesigen Landgericht die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Braun; als Beisitzer wirken Landgerichtsrat Behm und Assessor Scheidig. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Schweiggert. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Dr. Schwarze und Spilling. Die Auslosung vollzog sich in der üblichen Weise. Zur ersten Sache,

Straßenraub

betreffend, wurde der 28jährige Arbeiter Franz Schneider von Könnern aus der Haft vorgeführt. Der Angeklagte ist vorbestraft, Vater von drei Kindern und schlug sich unter schwierigen Verhältnissen mit seiner Familie durch, da er pro Woche nur 12 Mk. verdiente. Nebenbei erhielt er allerdings ab und zu Trinkgelder. Für den Mann, der sich in der letzten Zeit sehr gut geführt hat und nach Angabe der Polizei ein fleißiger Mann ist, fielen wieder die Vorstrafen als erschwerend ins Gewicht. Er hat sechs und neun Monate Gefängnis und vor Jahren zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus wegen Diebstahls verbüßt. Heute wird er beschuldigt, in der Nacht vom 30. zum 31. März gegen 48jährigen Maler Anton Stöbe aus Strenz-Naundorf auf einem öffentlichen Wege bei Könnern einen Geldbeutel mit etwa 30 Mark Inhalt unter Anwendung von Gewalt weggenommen zu haben. Schneider, der früher vor dem Amtsgericht Könnern ein Geständnis abgelegt hat, bestreitet vor den Geschworenen das erschwerende Moment, die Anwendung von Gewalt bei der Wegnahme des Geldbeutels. Am Abend des 30. März gegen 8 Uhr sei er wie gewöhnlich von der Arbeit gekommen und zufällig mit dem Maler Stöbe, den er bis dahin nicht kannte, in einem Restaurant zusammen gekommen. Stöbe habe sich sehr spendabel gezeigt und für ihn und andere Arbeitskollegen Bier zum Besten gegeben. Von der ersten Kneipe sei man noch in eine zweite gegangen, wo ebenfalls auf Kosten Schöbes lustig weiter gezecht wurde. Um Mitternacht brach man die Heimreise an und da, so sagt Schneider, man befürchtete, daß Stöbe auf dem Wege über die Saalebrücke etwas passieren könnte, erbot Schneider sich, den Maler ein Stück Weges zu begleiten. Schneider ging mit. Was dann aber in der Saalestraße passiert ist, dessen will der Angeklagte sich nicht mehr genau erinnern. Richtig sei, daß er sich mit Stöbe gerungen und seinen Begleiter den Geldbeutel weggenommen habe. Nachträglich habe er aber dem Stöbe den Geldbeutel wiedergeben wollen. Stöbe sei aber inzwischen weggelaufen gewesen. Nach dem Geschehnis habe er den Geldbeutel weggeworfen und das Geld mitgenommen, das er hinter seinem Hause versteckte. Dann will er schlafen gegangen sein. Nach's gegen 3 Uhr sei der Polizist Hoffmann gekommen und habe ihm, nachdem er geweckt worden, auf den Kopf zugelegt, er habe dem Stöbe das Geld weggenommen. Um seine kranke Frau nicht aufzuregen, habe er dies zunächst in Abrede gestellt. Als der Polizist aber zur Verhaftung schreiten wollte, habe er eingeräumt, dem Stöbe das Geld genommen zu haben. Später habe er den Betrag zurückgeliefert. Die ganze Tat ist eine Folge des Alkoholgenusses gewesen.

Zeuge Stöbe äußerte sich allerdings anders über den Fall. Nach einer kurzen Strecke Weges, habe ihn der Angeklagte auf einmal mit der linken Hand angefaßt, um ihn, Stöbe, zu Boden zu werfen. Zeuge habe darauf gesagt: „Was soll das?" Angeklagter habe dann losgelassen, bald aber wieder zugepackt und Zeugen zu Boden geworfen. Dann habe er des Angeklagten Hand in der Tasche verspürt. Als er dem Angeklagten nachrief: „Sie haben mir mein Geld weggenommen!" sei der Angeklagte weggelaufen. In Begleitung des in der Stadt aufgesuchten Polizisten sei Zeuge dann zu Schneider in die Wohnung gegangen. Sein Geld ist ihm nachträglich von der Bürgermeisterei zugestellt worden.

Der Erste Staatsanwalt trat für die Bejahung der Frage nach mildernden Umständen ein, da im Verneinungsfalle auf eine Mindeststrafe von fünf Jahren Zuchthaus erkannt werden müßte. Diese Strafe würde zur Tat in keinem Verhältnisse stehen. Die Geschworenen bejahten die mildernden Umstände, worauf der Angeklagte wegen schweren Raubes mit

zwei Jahren Gefängnis

bestraft wurde. Der Angeklagte erklärte sich zum Strafantritt bereit.

*

In der zweiten Sache wurde der Geschirrführer Wilhelm Bernhard Heyger aus Schkeuditz, mehrfach vorbestraft, aus der Haft vorgeführt. Der Angeklagte ist 39 Jahre alt, unverheiratet und wurde des

Sittlichkeitsverbrechens

beschuldigt, weil er am 5. Mai auf der Landstraße von Schkeuditz nach Coursdorf die jugendliche Tochter eines Landwirtes vergewaltigt haben sollte. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittengefährdung der Oeffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte mit

zwei Jahren Zuchthaus

und drei Jahren Ehrverlust bestraft wurde. In der Urteilsbegründung hieß es, daß sich der Angeklagte in grober Weise gegen die öffentliche Sicherheit vergangen habe, da er ein junges Mädchen, das einsam und allein nach Hause ging, überfallen hat.

Literatur.

Das Altenburger Landtagswahlrecht. In Stärke von 72 Seiten ist eine im Auftrage des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei in Altenburg von H. S. Dickreiter verfaßte Broschüre erschienen, die nach einem Rückblick über die sechs altenburgischen Wahlgesetze von 1831 bis 1870 den Kampf um das allgemeine gleiche Landtagswahlrecht für das Herzogtum Altenburg anschaulich schildert. Das Büchelchen ist bei Friedr. Strixke in Altenburg erschienen, kostet 50 Pfg. und ist für alle von Interesse, die Anteile nehmen an dem zähen Ringen des arbeitenden Volkes um das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060704-11/fragment/page=0003

Der grosse Saison-

Ausverkauf

hat **begonnen** und bietet in allen Abteilungen die grössten **Vorteile.**

M. Schneider

Halle, Leipzigerstrasse 94.

Während des ganzen Ausverkaufs Rabattmarken auf alle Artikel.

Hordorferstrasse 1. **Ed. Lincke & Ströfer** Hordorferstrasse 1.

A. Riebeck'sche auch **M W Briketts,** andere!

ab Platz mit **60** Pf. bis 31. Juli er. **63** Pf. vom 1. Aug. ab!

Handwagen werden gratis geliehen.

Ein kleiner **Wagen**

(zu Zeitungs- und Bücher-Transport geeignet) **zu kaufen gesucht.**

Offerten mit Preisangabe bitte unt. **1220** in der Expedition dieses Blattes abzugeben.

Waschgefäße

dauerh., billig, Zander, Gr. Klausstr. 12. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Gummi kauft **Albert Bode Jun., Gr. Klausstr. 22.**

Volkspark, Burgstr. 27.

Mittwoch den 4. Juli abends 8 Uhr:

Gr. Garten-Frei-Konzert

bei starkbesetztem Orchester.

Um freundlichen Zuspruch ersucht **Die Geschäftsleitung.**

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag d. 5. Juli abds. 8½ Uhr im Konzerthaus, Karlstraße

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Organisation und Agitation.** Referent: Parteisekretär Genosse **Heinrich Tabert.**
2. Verschiedenes.

Gäste haben Zutritt.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.**

Extra-Verkauf

von nur Ia.-Qualitäten in

Kinderwagen.

Nur solange Vorrat! Nur solange Vorrat!

Wagen: Stahlrad, Lederluchausschlag Nickelschieber u. Porz.-Griff **12.75** M.

Wagen: Stahlrad, beste Ausf., Lederluchausschl., Nickelsch. Porz.-Gr. **18.00** M.

Wagen: Sitz- u. Liegewag., Patent-Federgestell und Porzellangriff **27.00** M.

Wagen: Mod. Kastenwag. m. Gummirädern, best. Federgestell, Porz.-Gr. **32.00** M.

Kaufhaus I. Ranges

H. Elkan

Leipzigerstrasse **87.**

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis, Distrikt Ammendorf.

Donnerstag den 5. Juli abds. 8 Uhr im Burgschlösschen

Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.**

Sozialdem. Verein Rehmsdorf.

Sonntag den 8. Juli nachmittags ½6 Uhr auf der Mühle

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Jahresabrechnung. 2. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 3. Wahl der Delegierten zum Kreistag. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Genossen ist notwendig. **Der Vorstand.**

Nur Karl Kochs

Nährzwieback

kommt, seiner Zusammensetzung und Wirkung nach, der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; **man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, nur**

Karl Kochs Nährzwieback.

Herrenstraße 1.

Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

Herren-Garderoben

fertigt **elegant** und **billigst** unter Garantie **tadellosen Sitzes**

C. Wagner,

Unterberg 8, am Weidenplan.

Arbeiter-Bildungs-Verein Halle-Kröllwitz.

Sonntag den 8. Juli im Lindenhof, Kröllwitz

Sommerfest

bestehend in **Preisschießen, Blumenverlosung und Kinderbelustigungen.**

Hierzu ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Photographisches Atelier

Vollmer & Köhnke

Burgstr. 18. ✻ **Burgstr. 18.**

Geöffnet von 8—8 Uhr.

Sonntags von 8—2 Uhr.

Neue blaue Kartoffeln

hat in größeren und kleineren Partien zu billigen Tagespreisen abzugeben. Desgl. auch **gutkochende, fleckenreine Magnum bonum.**

O. Heller, Steinweg 32.

Delikateß-Rübensaft

à Pfund **18** Pf

Landis- und Stärke-Syrup

à Pfund **16** Pf.

offeriert

A. Trautwein,

Gr. Ulrichstraße 31.

Bernstein-Fussboden-

Lack-Farbe,

trocknet über Nacht glashart, 1 kg **1.50**, bei 5 kg **1.40** M.

Max Rädler,

Rannischestr. 3, Farbenhandlung. — Telephon 3194.

Wolfen!

Empfehle den werten Genossen von **Wolfen u. Greppin** meine **Herren-Garderobe,** sow. Burschen- u. Knaben-Anzüge, Arbeitshosen in blau u. gestreift, Arbeitswesten, Sommerjoppen, Hemden Blusen, Mützen, Hüte und noch versch. andere **Bekleidungsgegenstände.**

Besonders mache ich zu unserem diesjährigen Kinderfeste auf Bedarfsartikel j. Art, wie: Schärpen, Reifen, Fahnen aufmerksam und bitte die Gen. mich bei vorkommendem Bedarf zu unterstützen. Achtungsvoll **M. Braunstein, Wolfen.**

Sprechst. 9-6, Sonnt. 10-1.

Zahnziehen Mk. 1.—. Völlig schmerzlos. Viele Anerkennungen.

ZÄHNE Mk. 2.— an. Teilzahlung. Langjähr. Garantie für gut. Sitz u. Haltbarkeit. Reparaturen u. Umarbeitung schlechtsitz. Gebisse schnell u. bill. **Plomben M. 1.50 an.**

P. Fred Eckstein, Leipzigerstr. 43, I.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 30. Juni.

Aufgeboten: Bremser Engmann und Alma Gast (Thomasiusstraße 43 und Mühlweg 22). Hahnergehilfe Fleischer u. Katharina Laubenreuther (Erlangen).

Eheschließungen: Maurer Göbschel und Hedwig Schondorf (Brunowarte 5 und Albrechtstraße 24). Former Lüttich und Emma Schatz (Saalberg 18 und Torstraße 42). Heizer Genthe und Johanne Schulze (Schützenstraße 13). Arbeiter Wagner und Emma Scholz (Beesen und Ludwigstraße 9). Pfefferküchler Brauer und Olga Trabitzsch (Halberstädterstraße 14 und Gr. Gosenstraße 22). Arbeiter Bornack u. Minna Böttger (Bertramstraße 15 u. Wilhelmstraße 8). Schlosser Müller u. Martha Stofregen (Troisdorf u. Turmstr. 155). Postbote Kuppe und Lina Seeber (Volkmannstraße 3). Schlosser Franke und Martha Paul (Germarstraße 11 und Zenkerstraße 9). Arbeiter Rennert und Marie Feldmeier (Bäckerstraße 8). Bergmann Türke und Emma Wiebach (Ammendorf und Schlosserstraße 7).

Geboren: Lehrer Teutschbein S. (Lindenstraße 71). Maler Rühle S. (Augustastraße 1). Arbeiter Puppe T. (Kellnerstr. 11). Photograph Schramm S. (Ölbergasse 2). Techniker Georgi T. (Pfännerhöhe 14). Schlosser Liedemann S. (Merseburgerstraße 109).

Gestorben: Arbeiters Keller S., 1 J. (Torstraße 42). Arbeiter Frenzel, 48 J. (Klinik). Kaufmanns Lang S., 1 Wch. (Merseburgerstr. 8). Kutschers Hildebrand S., 3 Tg. (Klinik). Leutnant v. Beaulieu, 21 J. (Klinik). Arbeiters Thoermer S., 6 J. (Liebenauerstraße 170). Ww. Berger geb. Lesch, 49 J. (Elisabeth-Krankenhaus).

Halle (Nord, Burgstr. 38), 30. Juni.

Aufgeboten: Arbeiter Emmer und Minna Donner (Eichendorffstraße 6 und Advokatenweg 28). Chemiker Dr. phil. Koenigs und Elly Fleischhack (Berlin und Reichardstraße 3).

Eheschließungen: Arbeiter Müller und Anna Goltsche (Große Brunnenstraße 26). Heizer Rohde u. Margarete Otto (Geiststraße 49). Maler Dönitz und Emma Gerthner (Mittelstraße 17 und Händelstraße 11).

Geboren: Rottenführer Nowak S. (Berlinerstraße 3a). Metallschleifer Barthel S. (Jägerplatz 34). Kaufmanns Meinshausen T. (Albrechtstraße 33).

Gestorben: Rottenführers Walther aus Könnern T., 6 J. (Diakonissenhaus). Ww. Hoffmann geb. Burghaus, 87 J. (Lettinerstraße 1). Maurers Weber aus Krosigk S., 7 J. (Diakonissenhaus). Zimmermanns Dreßler T., 7 Monat (Kröllwitzerstraße 4). Tischlermeisters Wehlert S., 3 Mon. (Triststraße 35).

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060704-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 152. Halle a. S., Mittwoch den 4. Juli 1906. 17. Jahrg.

Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenrevier.

Die Grubenverwaltungen scheinen noch immer nicht einsehen zu wollen, daß es jetzt an der Zeit wäre, wenn sie ihrerseits den ausständig gewesenen Bergarbeitern eine Behandlung angedeihen ließen, die nicht neuen Konfliktstoff in sich birgt und die noch bestehende Erbitterung immer wieder aufreben läßt. Ein Bergarbeiter schreibt darüber folgendes:

Auf Grube Emilie bei Tackau, zu Riebecks Montanwerken gehörig, sind seit Beendigung des Streiks wohl die schlechtesten Löhne gezahlt worden, welche man überhaupt zahlen konnte. Nach Aufnahme der Arbeit am 28. Mai wurden drei Kameradschaften von 12 Mann auf einen neu angelegten Bau allein isoliert und ihnen ein Gedinge geboten, welches jeder Beschreibung spottet. Dabei wurden die ersten zwei Wochen bei vollangestrengter Arbeit von Häuern 3.40 M. bis 3.46 Mk., und von Förderleuten 3 Mk. bis 3.06 Mk. verdient. Wer nun glaubte, die nächste Lohnzahlung würde besser werden, der hatte sich stark verrechnet, denn die Förderleute hatten es nur auf 2.95 Mk. und die Häuer auf 3.35 Mk. gebracht. Nun gehen hiervon noch Oel und Knappschaftsbeiträge ab, es ist demnach ein „ziemliches" Stück Geld, welches nach Hause getragen wurde. Auf Beschwerde beim Betriebsführer wurden die Arbeiter noch als faul bezeichnet. Auch die Beschwerde beim Inspektor Busch half nichts. Dieser Herr hielt es schon gar nicht für nötig, zur Belegschaft zu kommen, obwohl der Inspektor vom Arbeiterausschuß mehrere Male bestellt war.

Am Montag, den 25. Juni, begaben sich nun zwei Kameraden aus der Belegschaft zum Direktor Schrecker nach Halle. Der Direktor erschien und sagte dem Arbeiterausschuß, daß nicht mehr pro Wagen gegeben werden könnte, wenn es nicht passe, der könnte gehen. Auch die stündige Schicht würde vor dem 1. Oktober nicht eingeführt. So sehen also die Versprechungen der Generaldirektoren und ihr Ehrenwort aus.

Auch auf Grube Marie bei Deuben und Grube Hermann bei Göthewitz werden seit einigen Wochen dieselben Klagen über schlechte Löhne usw. laut. Nur der Besonnenheit dieser Belegschaften ist es zu danken, daß nicht schon wieder die Brocken hingelegt worden sind. Grund dazu wäre genug vorhanden gewesen. Auf Grube Emilie haben deshalb mehrere Kameraden gekündigt.

Gleiche Klagen werden auch von der Belegschaft der Grube Werschen bei Keutschen, der Werschen-Weißenfelser Akt.-Ges. gehörig, geführt. Die Löhne sind nach dem Streik auf genannter Grube schlechter als vorher. Der Inspektor Scharf hat die Grube selbst befahren und gesagt, es gäbe auf keinen Fall mehr im Gedinge. Die Löhne schwanken von 3—3.50 Mk. Auch die Behandlung durch den Betriebsführer läßt alles zu wünschen übrig. Worte werden den Frauen gegenüber angewendet, und viele der Zoologie entstammende Namen werden den Kameraden an den Kopf geschleudert, sogar Schläge sind einigen angeboten worden. In der Grube widerfährt den Kameraden genau dieselbe Behandlung durch den Bruchschläger Richter; persönliche Beleidigungen und Anrempelungen kommen fast täglich vor. Herr Richter war auch 1897 im Streikkomitee, es wäre also sehr angebracht, wenn sich dieser Herr mal an diese andere Zeiten seines Vorlebens erinnern wollte. Einige Wochen vor Ausbruch des Streiks Anfang März, trat die Belegschaft in einen eintägigen Streik gen schlechten Brand und allzu schlechter Entlohnung. Inspektor Scharf sagte zu dieser Zeit: Die Grube rentierte nicht, sie könnte alle Tage stillgelegt werden. Wenn aber unter der Tätigkeit des Bruchschlägers Richter Hauptstrecken von 70 bis 80 Meter Länge mit sämtlichen Platten und Schienen zu Bruche und verloren gehen, dann allerdings kann die Grube sich nicht rentieren, aber auch keine anderen Löhne zahlen als 3 Mk. und einige Pfennige. Trotz oder wegen der fortgesetzten „schlechten Verhältnisse" hat die Werschen-Weißenfelser Akt.-G. seit 25 Jahren nur 14 bis 18 Proz. Dividende pro Jahr verteilen können! —

Der Direktion der Naumburger Gruben ist seitens des mitteldeutschen Bergwerksvereins eine schwere Lanze gebrochen worden. Die 80 Mann, welche auf Grube Naumburg in den Ausstand traten, sind für sechs Wochen über das ganze Revier ausgesperrt worden. Jedenfalls soll dieses von „echter, christlicher Nächstenliebe" zeugen. Die Kameraden sind zum Teil in anderen Berufen untergebracht und wo dieses noch nicht geschehen ist, wird es in nächster Zeit werden. Einige jüngere Leute sind später auf Naumburg wieder eingestellt worden. Den größten Teil, 50 bis 60 ältere Bergleute, beabsichtigt man wahrscheinlich nicht wieder einzustellen, darunter haben die meisten bis zu 16 Jahren und darüber auf Grube Naumburg und Kameradschaft Mark ihrer Knochen gelassen. Die alten Arbeiter wird man dabei los, und den neueintretenden braucht man nicht den vorenthaltenen Lohn, genannt Prämie, zu zahlen. Die Zukunft wird lehren, ob die Arbeiter der Gruben Naumburg und Kameradschaft fortgesetzt mit elf und zwölf Stundenschichten traktieren lassen werden, wenn andere Gruben um 3 oder 4 Uhr nach Hause gehen! —

Oberhirsche als Selbstherrscher.

Der Absolutismus, der gelegentlich des Bergarbeiterstreiks im Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter zutage trat und die sonstige, für die Hirsche sehr blamablen Vorgänge gab einer Konferenz der rheinisch-westfälischen Ortsvereine des genannten Gewerkvereins Veranlassung, die Einberufung einer außerordentlichen General-Versammlung zu beantragen. Nach dem Statut hat der Generalrat eine Urabstimmung anzuordnen, falls eine solche von 100 Mitgliedern beantragt wird. Der vorher erwähnte Antrag ist von 150 Mitgliedern unterzeichnet worden; auch in Hannover hat man sich demselben angeschlossen. Trotzdem nun schon mehrere Sitzungen des Generalrats stattfanden, hat die Leitung des selben den Antrag immer noch nicht dem Generalrat vorgelegt. Statutarische Bestimmungen scheinen für die Leitung des Gewerkvereins überhaupt nicht zu bestehen und man wirtschaftet nach den Maximen absoluter Herrscher."

So muß zu ihrem Schmerze die Mitteldeutsche Volkszeitung ihren Lesern mitteilen. Zu dem sonst immer verkündeten, nur sozialdemokratischen Terrorismus ist diese Meldung aus dem „eigenen Lager" ein passendes Gegenstück.

Halle und Saalkreis.

Halle, 2. Juli.

Sozialdemokratischer Verein.

Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Donnerstag, abends 8½ Uhr, im Konzerthause, Karlstraße, statt. In dieser Versammlung wird der Genosse Heinrich Tabert, der neugewählte Partei-Sekretär für Halle und den Saalkreis ein Referat halten über Agitation und Organisation. Die Genossen wollen zu dieser Versammlung recht zahlreich erscheinen.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Der Sommer ist da. Die vorderen Bänke, auf denen die Erstklassigen sich niedergelassen haben, sind fast leer. Statt 66 sind nur wenig über 40 anwesend. Auch im Laufe der Sitzung wurde das halbe Hundert nicht voll. Meist kleine Sachen ohne allgemeines Interesse, insgesamt nur ein Dutzend; die reichliche Hälfte blieb ohne jede Debatte. Ob die Kapelle auf dem Stadtfriedhofe mit 5300 M. Kosten repariert werden soll, wie Magistrat und Baukommission wollen, oder ob lieber eine Vorlage über eine neue Kapelle für 12—15 000 M. verlangt werden soll, wie die Finanz-Kommission wünscht, war die Hauptfrage. Dürftig genug! Für den Magistratsantrag erhoben sich etwa 10, für den Antrag der Finanz-Kommission gezählte 20. Das wurde als Mehrheit proklamiert, obwohl bei genauerem Nachsehen 42 Stadtverordnete anwesend waren. Stadtv. Lüderitz monierte das; niemand sprang ihm bei. Genosse Emmer forderte Gegenprobe. Das gehe nachträglich nicht, meinte der Vorsteher, weil inzwischen noch einige Stadtverordnete gekommen seien könnten. So blieb der Beschluß bestehen, daß 20 die Mehrheit von 42 ist. Er schadet nichts; denn erst muß wieder eine Vorlage über den Bau kommen. Wird das Ding zu teuer, dann wird es abgelehnt. — Ferienstimmung!

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Genosse Thiele die Erklärung abgegeben, daß er nicht, wie aus den Worten des Bürgermeisters Dr. Rive vor acht Tagen hätte entnommen werden können, in der Kommission über Invaliden- und Relikten-Versorgung städtischer Arbeiter vorbehaltlos zugestimmt sondern daß er mehrere Verbesserungsanträge gestellt habe. — Ganz zuletzt wurde noch dem Pächter der Kirschennutzung an der Alten Leipziger Chaussee der Zuschlag für 590 M. erteilt. Die Verpachtung ist erst am Sonnabend, dem 30. Juni, vorgenommen worden, so daß ein leidlicher Teil der Kirschen von Unbekannten und ohne Erlegung eines Pachtschillings bereits vorher ihrer naturgemäßen Bestimmung zugeführt worden ist. Man lachte ein wenig über den Schildbürgerstreich, und mit der sanften Mahnung, in Zukunft möge der Magistrat etwas früher die Verpachtung vornehmen, war die Sache erledigt.

In der geschlossenen Sitzung wurde an Stelle des verstorbenen Malermeisters Zander der Mechaniker Kleemann, Moritzzwinger 9, ins Kuratorium der Fortbildungsschule gewählt. Herr Kleemann ist früher in Beurteilung der Notwendigkeit der Fortbildungsschulen ein halber Saulus gewesen; man hofft ihn durch seine Wahl zum Paulus zu machen. Ganz zwingend scheint diese Wahllogik nicht zu sein. — Der 68jährige Steuererheber Gießmann wird mit 1371 Mk. Jahrespension nach 51 Dienstjahren in den Ruhestand versetzt.

Der Clou des Tages kam zuletzt, die Beschwerden und Klagen des nun freiwillig aus dem Dienste geschiedenen Herrn Kriebel über die Herren Staude, Weydemann, v. Dossow, Köhler und Lohse. Letztere beiden befinden sich noch als Polizeikommissare im Dienst. Stadtv. Döhler trug als Referent der Petitionskommission den Inhalt der Eingaben ausführlich vor. Genosse Thiele faßte die Beschwerden und Anzeigen zusammen, wies darauf hin, daß den Beschuldigten bekannt sei, welcher schweren amtlichen Verfehlungen sie geziehen werden, daß aber nicht einer gegen Kriebel vorgegangen sei. Das müsse als Schuldbekenntnis aufgefaßt werden und deshalb bleibe nichts anderes übrig, als die Bloßgestellten mit eisernem Besen wegzufegen. Weydemann werde hoffentlich nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren. Wundern dürfe man sich nicht, wenn unter den obwaltenden Verhältnissen das Ansehen der hiesigen Polizei und namentlich gewisser höherstehender Beamten bis tief unter Null gesunken sei. Die Stadtverordneten würden als Kontrollinstanz über die Ausgaben jedenfalls aufs genaueste jeden Pfennig prüfen, der von Weydemann, v. Dossow und anderen noch extra für Droschkenfahrten usw. liquidiert würden, obwohl sie für diese Zwecke bereits 300 Mk. jährlich als Dienstaufwandgelder erhielten. Bürgermeister Dr. Rive versicherte, er werde die Angaben genau untersuchen und mit aller Schärfe vorgehen, wo es erforderlich sei. Ob Herr Weydemann wieder so gesund werde, daß er aufs neue sein Amt übernehmen könne, bezweifle auch er. Damit war auch dieser Punkt erledigt, und die Sitzung wurde 3/47 Uhr geschlossen. In vierzehn Tagen beginnen voraussichtlich die Ferien.

Anläßlich des Ober-Präsidentenwechsels

hat der Kaiser dem scheidenden Ober-Präsidenten v. Bötticher vor einigen Tagen bekanntlich die Brillanten zum schwarzen Adler-Orden überreichen lassen nebst einem „wohlwollenden" Handschreiben, welches von der bürgerlichen Presse mit Behagen verbreitet wird. Bötticher erläßt seinerseits einen „öffentlichen Dank" an die Behörden und Bewohner der Provinz Sachsen, durch welchen er mit allerhand schönen Reden von seinem bisherigen Wirkungskreise Abschied nimmt und die Grundlagen des Staates, Gottesfurcht und Königtreue, feiert. Wilmowski, der neue Mann, ist bereits nach Magdeburg übergesiedelt.

(Nachdruck verboten.)

Von den Himmelserscheinungen im Juli.

Von Georg Kaestner in Bremen.

Bei ihrer elliptischen Bahn um die Sonne erreicht die Erde am 3. Juli denjenigen Punkt ihrer Bahn, in dem sie der Sonne am fernsten steht. Vor sechs Monaten, am 3. Januar, befand sich die Erde der Sonne am nächsten, und dieser Fall wird wieder am 2. Januar nächsten Jahres eintreten. Die Unterschiede der Entfernungen von der Sonne sind nicht unbedeutend, befinden wir uns ihr im Winter doch rund fünf Millionen Kilometer näher als im Sommer, so daß sie uns jetzt auch am kleinsten erscheint. Die Aenderung des scheinbaren Durchmessers der Sonne beträgt etwa zwei Bogenminuten, ist daher mit bloßem Auge nicht zu bemerken.

Am 22. Juni hatte die Sonne ihre nördlichste Stellung erreicht und sich wieder nach Süden gewendet. Jetzt steht sie noch 23 Grad nördlich vom Aequator und steigt bis zu einer Höhe von über 60 Grad über unseren Horizont empor. Mit dem Verspäten des Sonnenaufganges und der Verfrühung des Unterganges vermindert sich auch die Mittagshöhe, die am Ende des Monats nur noch etwa 56 Grad beträgt.

Die zweite Sonnenfinsternis dieses Jahres ereignet sich in den ersten Nachmittagsstunden des 21. Juli und ist, wie die des 28. Februar, eine partielle. Nur ein Teil der Sonnenscheibe wird vom Monde bedeckt, und zwar von 12 Uhr 49 Minuten bis 3 Uhr 40 Minuten. Die Erscheinung wird jedoch nicht bei uns sondern nur in dem südlichen Teile des Atlantischen Ozeans und an der Südspitze Südamerikas sichtbar sein.

Neben der Beobachtung der Sonnencorona stehen auch Beobachtungen der Sonnenprotuberanzen, eigentümlicher Hervorragungen über dem Sonnenrande, die oft im Laufe weniger Minuten entstehen und verschwinden, im Vordergrunde des Interesses. Herr J. Esquirol hat nun während der letzten totalen Sonnenfinsternis am 30. August 1905 in Alcala de Chisvert in Spanien Sonnenprotuberanzen in zwei Farben mit einem 60fach vergrößernden Fernrohr gesehen. Am Ostrande der Sonne befanden sich fünf schöne Protuberanzen, von denen jede aus zwei Teilen zu bestehen schien, und zwar zeigte der eine nach Süden gerichtete die normale rosa Färbung, der andere nach Norden sah faserig aus und war weiß, aber von etwas schmutziger Färbung. Der südliche Teil war entschieden bedeutender und bedeckte mit einem dünnen Faden die oberen Abschnitte des zweiten; die rosa Färbung war am Südrande stärker und wurde nach der Mitte hin schwächer, aber der Kontrast mit der weißen Zone war ein plötzlicher und derartig ausgesprochen, daß es unmöglich schien, den weißen Teil als eine Abschwächung der anderen Färbung aufzufassen.

In der Welt der großen Planeten ist jetzt noch tote Saison. Merkur und Mars sind gänzlich unsichtbar, letzterer steht, von der Erde aus gesehen, am 15. d. M. gerade hinter der Sonne. Die Sichtbarkeitsdauer der Venus nimmt weiter ab und beträgt am Ende des Monats nur noch dreiviertel Stunden. Sie steht am westlichen Abendhimmel. — Jupiter, der während zweier Monate im Strahlenkranze der Sonne gänzlich unsichtbar war, wird in der ersten Hälfte des Juli des Morgens wieder im Nordosten sichtbar, am Ende des Monats bereits eindreiviertel Stunden. — Der ringumkränzte Saturn geht gegen Ende des Monats in der späten Dämmerungsstunde auf und kann von da an die ganze allerdings nur kurze Nacht gesehen werden.

Der merkwürdige kleine Planet 1906 TG, der nach den ersten Bahnbestimmungen nicht unweit außerhalb der Jupiterbahn sich bewegt, ist als Sternchen 15. Größe in Wien von Prof. Palisa im Mai noch mehrmals beobachtet worden. Gegen den berechneten Ort war er um 30 Sekunden vorausgeeilt, so daß er etwas rascher läuft, als bisher bekannt war. Damit nähert sich seine Umlaufszeit der vom Jupiter noch mehr und man müßte vermuten, daß die von diesem auf den kleinen Körper bewirkten Anziehungen den letzteren in seinem Laufe erheblich stören, ja, ihn etwa in den Bannkreis seiner ständigen Anziehung bringen können. Nun erinnert Herr Prof. Charlier in Lund an einen Satz des berühmten Mathematikers Lagrange, nach dem ein kleiner Planet, der mit der Sonne und dem Jupiter in den Ecken eines gleichseitigen Dreiecks steht, stabil ist, d. h. den vorhin erwähnten großen Störungen nicht derart ausgesetzt ist, daß seine Bahn wesentlich verändert werden könnte. In der Tat steht nun TG von der Sonne durchschnittlich ebenso weit ab, wie vom Jupiter, und es ist kaum anzunehmen, daß diese Stellung eine zufällige sei.

Von den Fixsternen finden wir jetzt die des großen Bären hoch über unserem Haupte gegen Westen. Auf der entgegengesetzten Seite des Polarsterns erblicken wir das schiefe W des Cassiopeia, darunter die Andromeda mit dem berühmten Nebel, der oft schon mit bloßem Auge zu erkennen ist. Im Nordwesten steht der große Löwe mit dem hellen Regulus am Abend kurz vor dem Untergange. Weiter nach Süden und Osten zu schmücken die Sternbilder Bootes mit dem Arcturus, die halbkreisförmige nördliche Krone mit Gemma, das ausgedehnte aber weniger charakteristische Sternbild des Herkules, in dem ein wunderbarer Sternhaufen steht, die Wega in der Leier und der kreuzförmige Schwan mit dem Hauptsterne Deneb an der Spitze den Himmel. Der Schwan steht schon ganz in der Milchstraße und zwar gerade dort, wo sie sich in zwei Aeste gabelt. In dem östlichen Aste finden wir unterhalb des Schwanes den Adler mit Atair als Hauptstern.

Im Astrophysikal Journal gibt Herr Comstock eine Tabelle der wahren Leuchtkraft von 25 Sternen erster und zweiter Größe, deren Entfernungen durch sogenannte Parallaxenbestimmungen ermittelt sind. Dabei ergibt sich für drei Sterne, Canopus, ein Stern der südlichen Himmelskugel, β (beta) im Kreuz und Riegel, des unteren rechten großen Sternes im Orion, daß sie eine Leuchtkraft haben, die 55 000, 22 000 und 14 000 mal so groß ist, wie die der Sonne. Das würde bedeuten, daß auch die Größen dieser Sterne zur Sonne sich annähernd so verhalten. Das ist aber sehr unwahrscheinlich, denn andere Gründe lassen vermuten, daß die Größen der Sterne im Weltraum nicht allzu sehr von einander verschieden sein werden. Offenbar sind bei der Schwierigkeit der Parallaxenbestimmungen die zu klein und die Entfernungen zu groß geworden. Die übrigen 22 Sterne würden noch sämtlich heller sein als die Sonne. Wir führen die uns bekannten an und setzen in die erste Zahlreihe die Lichtstärke des Sternes, wenn die der Sonne zu 1 angenommen wird, in der zweiten die übliche Größenbezeichnung nach ihrer scheinbaren Helligkeit.

Arcturus	996	0,3	Gr.	Wega	120	0,4 Gr.
Antares	525	1,2	„	Pollux	87	1,5 „
Beteigeuze	490	1,2	„	Aldebaran	34	1,2 „
Kastor	288	2,0	„	Sirius	38	1,3 „
Regulus	263	1,8	„	Prokyon	6	0,7 „
Capella	151	0,2	„	Atair	1	1,1 „

Wenn auch durch genauere astronomische Bestimmungen die Zahlen mancher Sterne noch stark herabgedrückt werden könnten, so bleiben doch noch verschiedene Sterne übrig, die zu mehr als hundertmal so viel Licht ausstrahlen wie die Sonne. Als Typus für diese Riesensonnen könnte Arcturus gelten, dessen große Leuchtkraft bei der Annahme etwa gleicher Beschaffenheit wie die Sonne nur von entsprechend großer (mehrhundertfach größerer Oberfläche als die Sonne) herrühren kann. Auch die Leuchtkraft des Canopus muß jedenfalls sehr groß sein. Denn betrüge die Parallaxe dieses Sternes, d. h. des Winkels, unter dem, von diesem Sterne aus gesehen, die Erde erscheint, zehnmal mehr, als er gemessen ist, so wäre der Stern immer noch 550 mal so hell wie die Sonne; und größer ist die Parallaxe des Canopus sicher nicht!

Für Oberflächenbeobachtungen ist der Mond in der zweiten und letzten Woche des Monats besonders geeignet, um die Zeit des ersten und letzten Viertels. Vollmond findet am 6., Neumond am 21. Juli statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060704-11/fragment/page=0005

Vom ambulanten Preßverfahren.

Der Privat-Beleidigungsprozeß des bekannten Konsumvereinstöters Professor Suchsland gegen den Genossen Redakteur Wilhelm Zander vom Frankfurter Parteiorgan, worüber wir bereits einmal berichteten, beschäftigte gestern wieder das Schöffengericht. Unser Genosse soll Suchsland durch drei im Frühjahre in der Volksstimme veröffentlichte Artikel beleidigt haben. In der ersten Verhandlung wurde seitens Zanders Verteidiger die Zuständigkeit des Halleschen Schöffengerichts bestritten, da die Frankfurter Volksstimme in Frankfurt gedruckt werde und nur das Frankfurter Gericht zur Aburteilung des Falles kompetent sei. Das Hallesche Postamt hatte die Auskunft erteilt, daß die Volksstimme von Frankfurt hier in Halle abonniert werde, und der Redakteur Genosse Molkenbuhr mußte als Zeuge bekunden, daß der Redaktion des Volksblattes ein Exemplar zugehe. Behufs genauerer Feststellung, wieviel Exemplare der Volksstimme in Halle abonniert werden, wurde die Sache damals vertagt. Es erfolgte nun gestern die Mitteilung, daß durch die Hallesche Postverwaltung zwei Exemplare der Volksstimme vertrieben werden. Hiernach erklärte sich das Hallesche Schöffengericht zur Aburteilung der Sache für zuständig.

Die inkriminierten Artikel beschäftigten sich u. a. mit einem der bekannten Reden Suchslands gegen die Konsumvereine in einer Frankfurter Versammlung. Suchsland hatte „von seinem „wissenschaftlichen Standpunkte" die Konsumvereine beleuchtet und gegen seine Ausführungen wurden die Ausführungen des bekannten Professors Staudinger von Darmstadt ins Feld geführt. Herr Staudinger wurde vom Verteidiger Zanders als Zeuge vorgeschlagen. Das Gericht erachtete es aber nicht für angebracht, sich mit einer solchen wissenschaftlichen Auseinandersetzung zu befassen.

Suchslands Rede war in der Volksstimme glossiert, wobei bemerkt wurde, daß Redner bei Beurteilung der Konsumvereine nicht ehrlich zu Werke gehe. In Suchslands Aeußerungen dürfe man immer einige Zweifel setzen; dies dürfe man auch daraus folgern, daß Suchsland in Halle wegen Beleidigung des Redakteurs Thiele mit 30 Mk. bestraft worden ist. In der Begründung jenes Urteils sei gesagt worden, Suchsland habe sich gewissermaßen der Druckebergerei schuldig gemacht und er sei auch mit Unwahrheiten zu Werke gegangen. Herr Suchsland leide an einer professoralen Zerstreutheit. Das erstinstanzliche Urteil gegen Suchsland ist bekanntlich durch Vergleich vor dem Landgericht aufgehoben worden, und Suchsland stellte in einer Berichtigung an die Volksstimme in Abrede, überhaupt wegen wahrheitswidriger Behauptung verurteilt gewesen zu sein; er sei nur wegen formaler Beleidigung verurteilt gewesen. Hierzu bemerkte die Volksstimme, wenn Suchsland nicht wegen Beleidigung bestraft worden ist, so verdankt er dies nur der Gutmütigkeit der Konsumvereins-Angestellten.

Suchslands Verteidiger, sein Bruder, der Rechtsanwalt Suchsland, beantragte die Bestrafung Zanders. Man habe dem Privatkläger Verleumdung und Kriecherei vorgeworfen. Auch der Ausdruck Professorenzerstreutheit sei eine Beleidigung. Als gesagt wurde, der Privatkläger sei bestraft, existierte das Schöffengerichtsurteil gar nicht mehr. Aus dem Tone der Artikel mit den Spitzmarken „Würdiges Kleeblatt" rc. gehe die beleidigende Absicht hervor. Nach dem Parteitage in Jena habe man gesagt, der Ton sei noch nicht ruppig genug. Der ruppigere Ton komme schon in den Artikeln zum Ausdruck. Nach den Inseraten in der Volksstimme und nach der Verbreitung sowie des Abonnentenstandes müsse der Verlag mit Hunderttausenden arbeiten. Aus diesem Grunde könne durch eine Geldstrafe, die der Verlag trage, dem Rechtsgefühl nicht Genüge geleistet werden. Es sei deshalb auf eine Freiheitsstrafe und Publikation des Urteils in der Frankfurter Volksstimme, der Frankfurter Mittelstands-Zeitung und der Halleschen Zeitung zu erkennen.

Zanders Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld, entgegnet: Herr Suchsland habe wahrlich keine Ursache, sich über den Ton der Volksstimme zu beklagen. Ein Mann, der sich so energisch in die Bekämpfung der Konsumvereine hineinbegeben habe, lege seine Worte nicht auf die Goldwage. Dies könnte durch das Zeugnis des Professor Staudinger, der jener Frankfurter Versammlung beigewohnt hat, bewiesen werden. Ein Beweis dafür ist nicht erbracht worden, daß der Redakteur der Frankfurter Volksstimme von der Aufhebung des Schöffengerichtsurteils Kenntnis gehabt hat, als die inkriminierten Artikel veröffentlicht wurden. Herr Suchsland, der einen mäßigen Ton wünscht, sollte doch bedenken, daß es so aus dem Walde hinausschallt, wie man in den Wald hineinruft.

Das Gericht erblickte in allen drei Artikeln Beleidigungen und verurteilte unseren Genossen zu 150 Mk. Geldstrafe.

Zur Lohnbewegung bei der Firma Engelcke u. Krause, Chemische Fabrik in Trotha.

Wie schon in letzter Nummer kurz mitgeteilt, wendet sich die Firma Engelcke u. Krause in ihrer Bedrängnis an den Verein Volkswohl, damit dieser ihr Arbeitswillige vermittle. Unter relativ verlockenden Angeboten werden an der bekannten Tafel Arbeiter gesucht. Während man den Arbeitern, die gegenwärtig bei der Firma beschäftigt sind, nicht einmal ein paar Pfennige Lohnaufbesserung bewilligen will, ist man, wenn es sich um Arbeitswilligengesuche handelt, äußerst splendid. So werden 10 kräftige Leute gesucht, die als Verlader 3.75 bis 4 Mk. pro Tag verdienen sollen. Bei der bisher üblichen 10stündigen Arbeitszeit werden nicht im entferntesten solche Löhne gezahlt. Vielleicht soll die Arbeitszeit um einige Stunden ausgedehnt werden. Oder sollen das Streikbrecher-Extralöhne sein? 4 Mann am Sulfatofen und zwei Kiesbrecher sollen ebenfalls je 3.75 bis 4 Mk. verdienen. Die bisher beschäftigten Arbeiter fordern aber nur 3 Mk. pro Tag. 75 Pfg. bis 1 Mk. werden den Arbeitswilligen bereitwilligst mehr gegeben. Für 2 Kesselheizer beträgt gegenwärtig der Tagelohn je 2.70 Mark. Den Arbeitswilligen werden 3.20 bis 3.50 Mk. zugesprochen. Für den Ofenofen werden 4 Mann zu 3.20 bis 5.50 Mk. für jeden gesucht. Hier ist allerdings eine Reduktion zu konstatieren, denn die dort Beschäftigten fordern 4 Mk. 2 Kiesfahrer und 2 Salzfahrer werden für 3 Mk. pro Tag gesucht. Diese Arbeit wurde bis jetzt in Akkord ausgeführt. Für 15 bis 20 Hofarbeiter sind pro Mann 2.50 bis 3.00 Mark ausgeschrieben. Die gegenwärtig Beschäftigten fordern allerdings 3 Mk.

Dies Massen-Arbeitergesuch wird nicht im geringsten die Arbeiter daran abhalten, für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage weiter zu kämpfen und auch nötigenfalls die Konsequenzen zu ziehen. Da die Firma für ihren Betrieb nur unorganisierte Arbeiter sucht, so sieht man am deutlichsten daraus, wie es das Unternehmertum auch hier auf die Zertrümmerung der Organisation abgesehen hat. Die Arbeiter werden mit Mut und Energie den Kampf zu führen wissen, den ihnen das Unternehmertum aufgezwungen hat.

Die nächste Sitzung des Gewerkschaftskartells

findet am Freitag, den 6. Juli, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Genossen Thielemann über Arbeitskammern oder Arbeiterkammern; ferner soll über die Einführung der Freitagslohnzahlung beraten werden usw. Die Delegierten werden ersucht, in nächster Sitzung die Mitgliederzahl der von ihnen vertretenen Organisationen anzugeben, da in Zukunft die üblichen Fragebogen anstatt halbjährlich nur jährlich einmal, und zwar am Jahresschluß zur Ausgabe gelangen.

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Der nächste Markt für Mastschweine und Ferkel auf dem städtischen Viehhofe findet am Sonnabend, den 14. Juli ds. Js., statt. Der Auftrieb beginnt morgens um 6 Uhr.

Reparatur der Kapelle auf dem Nordfriedhofe. Wegen Vornahme der Instandsetzungsarbeiten kann die Kapelle des Nordfriedhofes bei Beerdigungen vom Dienstag, den 3. Juli ds. Js., ab auf ungefähr acht Tage nicht benutzt werden.

---

* **Im Volkspark** veranstaltet morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, die Kapelle Schröder ein Elitekonzert, ähnlich dem vom vergangenen Dienstag. Es stehen auch diesmal wieder besondere Genüsse in Aussicht.

* **Ein Protektor.** Die hiesigen bürgerlichen Blätter bringen übereinstimmend folgende Notiz:

Das Protektorat über das vom 16.—23. Juni 1907 hier abzuhaltende 23. Mitteldeutsche Bundesschießen soll dem Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen angetragen werden. Die Adresse wird jedenfalls heute noch abgesandt.

Das soll der Sache jedenfalls die richtige Weihe geben.

* **Zur Einführung der Porto-Erhöhungen.** Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichskanzlers, in der bestätigt wird, daß zur Erleichterung des Ueberganges für alle im Juli eingelieferten Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben, sowie für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben im Orts- und Nachbarortsverkehr, die von den Absendern irrtümlich nach den alten Tarifen frankiert sind, lediglich der fehlende einfache Portobetrag erhoben wird.

Einen Reichsverband Deutscher Geflügelzüchtervereinigungen zu gründen beschloß eine von Vertretern sämtlicher größerer Geflügelzüchter-Verbände Deutschlands beschickte Konferenz, die hier am Sonntag in Stadt Hamburg tagte. Der Verband soll die Interessen der Geflügelzüchter vertreten.

* **Umfangreichen Seidendiebstählen** ist man in Berlin auf die Spur gekommen. Die Kriminalpolizei hat nach wochenlanger Beobachtung zwei bekannte Hehler und deren Hintermänner verhaftet und für zu 40000 M. gestohlene Sachen beschlagnahmt. Bei der Gelegenheit eines der Diebe, die in Halle ihren Wohnsitz hat, sind für 15000 M. Seidenstoffe gefunden worden. Fünf Verhaftungen sind in dieser Sache bisher vorgenommen, doch sollen noch mehr daran beteiligt sein. Die Verhafteten, denen man bisher nichts anhaben konnte, weil sie für unzurechnungsfähig galten, versuchen auch jetzt wieder die Geistesgestörten zu spielen. Das Beispiel der Fürstin Wrede scheint anreizend zu wirken.

* **Leichenlandung.** Gestern morgen um 8 Uhr wurde, wie der Polizeibericht mitteilt, die Leiche des am letzten Donnerstag von der Kröllwitzer Brücke in die Saale gesprungenen Parteigenossen Karl Ellinger Rich. Wagnerstraße 18 wohnhaft, am Saalanger hinter der chemischen Fabrik von Engelcke u. Krause gelandet und nach der Leichenhalle des Trothaer Friedhofes überführt. Von anderer Seite wurde uns kurz nach dem Unglück mitgeteilt, daß E. trotz sofortiger Rettungsversuche nur als Leiche geborgen werden konnte. Die Nachricht war verfrüht, denn nach obigem ist E. erst gestern gefunden worden.

* **Von Krämpfen befallen.** Gestern abend gegen 8 Uhr wurde ein 43jähriger Arbeiter in der Steinbocksgasse von Krämpfen befallen. Er erholte sich aber bald wieder und wurde, da er sich sehr schwach fühlte, nach seiner Wohnung gebracht.

* **Unvorsichtiger Radler.** Gestern nachmittag gegen 1 Uhr wurde eine Milchhändlerin vor dem Grundstück Große Steinstraße 48 von einem Schlosser aus Aisleben mit einem Zweirad angefahren. Die Angefahrene erlitt nur eine kleine Hautabschürfung.

* **Vom Bau gestürzt.** Gestern nachmittag gegen ½5 Uhr stürzte der auf dem Neubau Ecke Liebenauerstraße und projektierte Straße I beschäftigte Maurerpolier vom Gerüste des Parterregeschosses zu 4 Meter hoch in den Keller ab, vermutlich durch Fehltritt oder Schwindelanfall. Er wurde mit dem städtischen Krankenwagen nach dem Elisabeth-Krankenhause überführt, da er anscheinend innere Verletzungen erlitten hatte.

* **Straßenbahn-Profite.** Bei der Halleschen Straßenbahn betrugen die Einnahmen im vergangenen Monate 42038.69 Mk., gegen 39064.77 Mk. im Juni 1905. — Bei der Stadtbahn Halle betrugen die Einnahmen: Juni 1906: 67504.95 Mk., Juni 1905: 62440.38 Mk.

* **Verstorben** sind in vergangener Woche in Halle-Süd 56 Personen, darunter 12 Ortsfremde, und zwar an Hirnhautentzündung 2, Lungentuberkulose 7, Brechdurchfall 6, Luftröhrenkatarrh 1, Magenkrebs 3, Herzlähmung 3, Hasenscharte 1, Kniegelenkstuberkulose 1, Darmkatarrh 6, Lebensschwäche 4, Angemie 1, Selbstmord 1, Tubenschwangerschaft 1, Nierenentzündung 1, Altersschwäche 1, Ertrinken 1, Diphtherie 1, Herzmuskelentartung 1, Soor 1, Herzfehler 3, Hirnerschütterung 1, Schädelbasisbruch 2, Lungenentzündung 1, Sarcomatose 1, Erysipel 1, Nabelvenenentzündung 1, Scharlach 1, Darmbrand 1; dazu Totgeburten 1.

In Halle-Nord verstorben in gleicher Zeit an: Rückenmarksleiden und Herzfehler 1, Herzfehler 2, Lebensschwäche 3, Arterienverkalkung 1, Carcinom der Blase 1, Gehirnerweichung 1, Krebs der Brust und der Lymphdrüsen 1, Altersschwäche 2, Lymphosarkom des Mediastinums 1, Schlaganfall 1, Nabelinfektion 1, Darmverschlingung 1, Lungenentzündung 3, Magendarmkatarrh 3, Brechdurchfall 2, Gastroenteritis 2, septischem Scharlach 1, Darmkatarrh 1, Lungentuberkulose 2, Totgeburten 1, zusammen 30 Personen; hierunter befinden sich 2 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

Ammendorf, 3. Juli. Der Sozialdemokratische Verein hält am Donnerstag, abends 8½ Uhr, im Burgschlößchen seine Mitglieder-Versammlung ab. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Bruckdorf, 3 Juli. Vom Schlachtfelde der Arbeit. Auf dem Alwiner-Werk stürzte ein Schmied, der Maschinen zu ölen im Begriff war, kopüber von einer Leiter, dicht neben dem die Leiter haltenden Mann, zu Boden. Der Bedauernswerte erlitt solche schwere innere und äußere Verletzungen, daß seine Ueberführung nach dem Bergmannstrost alsbald erfolgen mußte. Dort ist er denn nach kurzer Zeit gestorben.

Dieskau, 2 Juli. Ein großer patriotischer Rummel soll für den nächsten Sonntag inszeniert werden. Zu den verschiedenen „Vereinen", die hier schon bestehen, soll noch ein neuer treten, und zwar durch die für den 8. Juli geplante Gründung eines theatralischen Vereins Hohenzollern. Dieser neue Verein, der jedenfalls auch um „einem längst gefühlten Mangel abzuhelfen", gegründet ist, soll sich die Devise „gottesfürchtig, treu zu Kaiser und Reich" als Richtschnur dienen lassen. Zur Gründung am nächsten Sonntag hat man schon allerhand Klimbim arrangiert und die „noch nicht sozialdemokratisch Versuchten" planen große patriotische Kundgebungen. Frage man sich nun: Wozu der ganze Lärm? In Dieskau sprudelt unter der Arbeiterbewegung frisches Leben, was die letzten Gemeinderatswahlen bewiesen haben. Der Wirt Hauck, der unsere Genossen als Gäste nicht haben will, ist dadurch, daß sich die letzteren nicht in die Gefahr begeben, hinausgeworfen zu werden, ziemlich aufs Trockene gesetzt. Jetzt möchten Bülow und Genossen, die ein Interesse an „guter Gesinnung" haben, den Wirt dadurch entschädigen, daß sie einen neuen Klimbimverein ins Leben rufen, um Herrn Hauck Gäste zuzutreiben. Unsere Parteigenossen sind alle Arbeiter, die etwas auf sich halten, werden diesem Rummel fernbleiben. Mit Bülow und seinen Gehilfen haben sie nichts zu schaffen. Der theatralische Verein Hohenzollern wird Herrn Hauck nichts helfen können. Der große Rummel am Sonntag wird für die Arbeiter wohl eine heitere Episode sein, aber sie sehen zu gleicher Zeit, mit welchen Mitteln man unserer Bewegung das Wasser abzugraben sucht. Lächerliche Selbstbubarbeit!

Gröbitz, 3. Juli. Vom Eisenbahnzuge überfahren wurden gestern hier zwei Pferde. Die Tiere wurden schwer verletzt. Von Halle wurde der Kreisarzt nach der Unglücksstelle berufen.

Aus den Nachbarkreisen.

Eilenburg, 3. Juli. (Eig. Ber.) Die Brausteuer und ihre Folgen beschäftigte am Freitag eine öffentliche Versammlung der Gastwirte, zu der das Bier trinkende Publikum zahlreich erschienen war, um die Gründe einer Bierpreis-Erhöhung anzuhören.

Als erster erschien Herr Brauereidirektor Betterling auf dem Plan, um die Gründe einer Preissteigerung im Auftrage aller hiesigen Brauereien klarzulegen. Die Brauer verlangen pro Hektoliter 1.50 Mk. Aufschlag. Nicht der Brausteuer halber verlange man mehr, sondern wegen der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich in letzter Zeit zugunsten der Brauereien gestaltet haben. Die Rohmaterialien sind im Preise gestiegen, die Arbeitslöhne sind erhöht. Weiter sei fast allerorts das Hektoliter Bier um 1.50 bis 2.00 Mark im Preise gestiegen. Man habe sich zwar an den Reichstagsabgeordneten Bauermeister gewandt, aber anstatt dagegen zu stimmen, habe er dem Gesetz zugestimmt, und am nächsten Tage sei der Preis für Kohlen auch noch um 1.50 Mk. pro Tore erhöht. Schließlich ersucht Redner, dem kleinen Preisaufschlag doch keinen Widerstand entgegen zu bringen, damit alles in Ruhe und Frieden weitergehe. — Die Gastwirte erklärten, den Aufschlag nicht tragen zu können, ohne auch ihrerseits eine Erhöhung der Bierpreise eintreten zu lassen. Die pekuniäre Lage der Gastwirte sei so schlecht, daß gar nicht daran zu denken sei, den Aufschlag zu tragen; wer nichts zuzusetzen habe, müsse zugrunde gehen.

Unsererseits hat sich Gelegenheit, das Verhalten der Brauereien und Gastwirte den Steuerfragen gegenüber speziell sowie den politischen Fragen allgemein in das rechte Licht zu stellen. Das Gespenst der Brausteuer spukt schon lange Jahre; vollständig gleichgültig stand man der Sache gegenüber. Als voriges Jahr das Steuerbukett veröffentlicht wurde, ist nicht das geringste dagegen unternommen. Als unsrerseits Protestversammlungen einberufen wurden, beteiligte sich kein einziger dieser Herren daran. Jetzt endlich, wo ihre Klassen- und Parteigenossen im Reichstage den Steuervorlagen der Regierung zugestimmt haben, kommt man und sagt: Setzt der Sache keinen Widerstand entgegen und bezahlt. Natürlich sah man noch zur rechten Zeit ein, daß man mit der Brausteuer nicht treiben gehen konnte.

Die Brausteuer steht eben in gar keinem Verhältnisse zu dem Aufschlage, den Brauereien und Wirte haben wollen. Die fünf zu Betracht kommenden Brauereien zahlen 21 bis 27 Pf. Brausteuer pro Hektoliter. Das reicht natürlich nicht aus, erwähnte Preissteigerung gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Aber die Sache war nun einmal im Gange, und man griff zu dem schon erwähnten Mittel und schob die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse vor. Als Eilenburg 15000 Einwohner zählte, trat die freie Konzession in Kraft. Gerade die Gastwirte waren es aber, welche dagegen Sturm liefen. So kam es denn, daß die Konzession von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht wurde. Daß bei Erteilung der Konzession die Personenfrage eine große Rolle spielt ist doch wohl ziemlich klar. Man sieht hier deutlich, daß anstatt sich Freiheiten zu erkämpfen, man sich unfrei macht. Genau so steht es mit der Saalfrage aus.

An alle Saal-Inhaber war vor kurzer Zeit ein Rundschreiben gerichtet, den freien Gewerkschaften sowie der Partei die Säle zu Vergnügen und Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Es erfolgten natürlich wieder die altbekannten Antworten, z.B. Militärverbot Fernbleiben bürgerlicher Vereine u. s. w. Nun, das Klassenbewußtsein der Arbeiter greift immer mehr um sich und die Zeit ist nicht mehr fern, wo Arbeiter nur diejenigen Säle besuchen werden welche ihnen zu Versammlungen jederzeit zur Verfügung stegen Arbeiterfreundlich gesinnt zeigten sich die Herren in der Versammlung alle, wir zweifeln jedoch nicht im geringsten daran daß bei einer event. Wahl alle, mit Ausnahme unserer paar Parteigenossen, für einen Lebensmittel-Verteurer stimmen werden.

Bitterfeld, 3. Juli Feriengewährung. Die Firma Griesheim-Elektron zu Frankfurt a. M. hat gelegentlich ihres 50jährigen Geschäftsjubiläums die Einrichtung getroffen, daß alle über zwei Jahre in der Fabrik tätigen Arbeiter einen Erholungsurlaub bekommen Und zwar erhalten die zwei bis fünf Jahre im Werke tätigen Arbeiter drei Tage in jedem Jahre, die fünf bis zehn Jahre beschäftigten sechs Tage und die über zehn Jahre beschäftigten Arbeiter zehn Tage Urlaub. Neben dem in der Urlaubszeit gewährten vollen Arbeitslohn erhält jeder Arbeiter einen täglichen Zuschuß von einer Mark. Diese Vergünstigungen sollen sofort in Kraft treten. Neben dieser Feriengewährung ist dann noch ein Kapital von 400000 Mark zum Besten der Arbeiterschaft gestiftet, das in erster Linie zur Errichtung eines Erstlingsheimes verwandt werden soll.

Gegen die Feriengewährung an sich ist nichts einzuwenden, nur die Staffelung scheint uns etwas sehr auf eine möglichst gar nicht im Arbeitsverhältnis wechselnde Arbeiterschaft zugeschnitten zu sein. Indessen soll der Fortschritt und das Entgegenkommen nicht verkannt werden. Der Vollständigkeit halber sei aber hinzugefügt, daß die Lohnverhältnisse der genannten Fabriken nicht besser und nicht schlechter als die der anderen Fabriken sind. Soweit wir unterrichtet sind, werden auf den chemischen Fabriken in Bitterfeld Stundenlöhne von 28 Pfg. gezahlt, während der Akkordlohn bis zu vier Mark täglich betragen soll. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die gesamten Arbeitgeber eine Vereinbarung getroffen hätten, der Arbeiterschaft keine höheren Löhne zu zahlen die volle Gleichmäßigkeit bei allen Unternehmungen ist in der Tat überraschend. Und wie uns versichert wird, soll es an dieser Vereinbarung liegen, daß einzelnen Werken, die mehr zahlen können und wollen, die Hände gebunden sind. Die Richtigkeit läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen, doch sollten die Arbeiter, die noch sehr wenig zahlreich organisiert sind, aus der Einigkeit der Unternehmer lernen, daß auch sie nur durch dasselbe Einvernehmen ihre Lage verbessern können. Eine starke Organisation würde auch eher der Unternehmerschaft den Glauben beibringen, daß gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse und anständige Behandlung ein besseres Mittel zur Erhaltung eines Stammes tüchtiger und bewährter Arbeiter sind, als alle Wohlfahrtseinrichtungen, die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer, sie mögen aus noch so edeln Motiven entstanden sein, einer Feuerversicherung, einer Prämie auf Wohlverhalten ähnlich sehen.

Zeitz, 3. Juli. (E. B.) Brandstiftung? Im Hause Judenstraße 8 brach in der Nacht zum Montag Feuer aus, das namentlich in den Sachen, die dort der Altbändler Hauff zu lagern hat, reichliche Nahrung fand. Die Feuerwehr hatte längere Zeit mit der Löschung zu tun. Hauff und ein Sohn wurden am Montag früh verhaftet, da die Behörde in ihnen die Brandstifter vermutet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060704-11/fragment/page=0006

— **Unfall.** An dem Bahnübergang beim Restaurant Freier Blick bei Kretschau wurde die dreijährige Frida Voigt aus Kretschau vom Zuge erfaßt und zur Seite geschleudert. Schwer verletzt wurde das Kind ins Krankenhaus geschafft.

— **Konsum-Verein.** Der hiesige Konsumverein beschloß, von jetzt ab nur noch Lebensmittel 2c. zu führen und alle anderen Artikel auszuscheiden. Ebenso wurde beschlossen, vom 1. Oktober ab die Verkaufsstellen Crossen und Predel aufzuheben.

Gisleben, 3. Juli. **Noch ein Streikurteil.** Vor dem Schöffengericht hatte sich der Grubenarbeiter Grzeskowiak aus Steedten zu verantworten, der während des Bergarbeiterstreiks in einer Gastwirtschaft zwei Gendarmen beleidigt haben sollte. Der Beschuldigte wird zu 15 Mark Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis verurteilt. Auch wird den Beleidigten Publikationsbefugnis zugesprochen.

Merseburg, 3. Juli. Ein Ortsrichter, der sich bei Gesetzwidrigkeiten nichts denkt. Der Landwirt und Ortsrichter Friedrich W. aus Porbitz, geboren 20. Oktober 1851, war von dem hiesigen Schöffengericht angeklagt, in der Zeit vom November 1905 bis April 1906 die gesetzlichen Maßregeln gegen die Verbreitung von Viehseuchen wissentlich verletzt zu haben. Auf seinem Gute war die Schweineseuche ausgebrochen und infolgedessen von dem Kreisarzt die Sperre verhängt worden. Er erhielt die Verhütungsmaßregeln zur Verbreitung derselben gedruckt ausgehändigt, gegen welche er nun in folgenden Punkten verstoßen hatte. W. hatte das vorgeschriebene Plakat, welches am Eingang eines mit Schweineseuche behafteten Gutes aufgehängt werden muß, nicht angebracht. Außerdem hatte er sieben neue Schweine in sein Gut eingeführt, obwohl der Stall, in dem die schweineseuchekranken Tiere eingestellt waren, vom Tierarzt noch nicht auf die Ausführung der Desinfektion hin kontrolliert worden war. Ferner waren fünf Schweine aus dem Gute zum Schlachten verkauft worden, ohne die polizeiliche Erlaubnis hierzu eingeholt zu haben. Der Angeklagte gab den Tatbestand zu und führte zu seiner Verteidigung an, daß er sich bei den Uebertretungen nichts gedacht habe. Der Amtsanwalt beantragte acht Tage Gefängnis. Der Gerichtshof nahm mildernde Umstände an infolge der bisherigen Unbescholtenheit und des Geständnisses des Angeklagten, auch sei kein nachweisbarer Schaden durch die Uebertretungen entstanden und verurteilte W. zu einer Gefängnisstrafe von drei Tagen. Der Angeklagte soll der Begnadigung empfohlen werden. — Der Name des famosen Ortsrichters wird von der bürgerlichen Presse schamhaft verschwiegen. Der Vorfall zeigt aber wieder einmal deutlich, mit welcher „Sorgfalt" die Agrarier die zum angeblichen Schutze der Volksgesundheit, in Wirklichkeit aber zur Bereicherung der Landwirtschaft erlassenen Gesetze beachten.

Torgau, 3. Juli. Das Schwurgericht verhandelte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den Handelsmann Reinhold Zeller aus Weidenhain wegen wissentlichen Meineids. Das Urteil lautete auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte auf fünf Jahre. — Der Fabrikarbeiter Otto Gruhne aus Hohenleipisch soll ebenfalls einen wissentlichen Meineid geschworen haben. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

— Ein christlich Organisierter, der Buchbinder Heinrich Bruns aus Hartingerode, von dessen Verurteilung zu einem Jahre zwei Monaten Gefängnis wir schon berichteten, hat die zu seiner Verurteilung führende Straftat gelegentlich seines Aufenthalts in Eilenburg verübt. Bei einem Vergnügen des Christlichen Gewerkschaftskartells im Deutschen Kaiser, wo er als Feuerfresser mitwirkte und wozu ihm ein Trikotanzug geliehen war, hat er diesen mitgehen heißen. Außerdem stahl er aus der Wohnung des Tischlers Popsdorf 100 Verbandsmarken zu je 20 Pf. und ein Mitgliedsbuch. Der Angeklagte war schon etwa 15mal vorbestraft. Eine bei derselben Gelegenheit vorgenommene Brandstiftung konnte dem Br. nicht nachgewiesen werden, weshalb in diesem Falle Freisprechung erfolgen mußte.

Mühlberg, 2. Juli. (Eig. Ber.) Erst die Agrarier dann die Schule. In letzter Zeit sah sich der Lehrer von dem nahen Martinskirchen gezwungen, da von den ganzen Schulkindern an einem Tage 14 und den anderen nur 12 Kinder anwesend waren, den Schulunterricht ausfallen zu lassen. Und zwar aus dem Grunde, weil alle anderen Kinder für das dortige Rittergut auf dem Felde mit Rübenverziehen beschäftigt waren. Der Lehrer machte daher an jeden der beiden Tage mit den wenigen Kindern einen Ausflug. Gegen Ausflüge ist natürlich an sich nichts einzuwenden. Aber was wird mit den Kindern, die doch auch gern mitgemacht hätten, welche aber leider schon von ihren jungen Jahren dazu verbannt sind, in der größten Hitze für den Unternehmer zu fronden und zu schaffen, um durch ihre billige Arbeitskraft den Profit der Besitzenden mit erhöhen zu helfen.

Wie sind diese armen Geschöpfe zu bedauern, die, manchmal kaum 9—10 Jahre alt, bei der großen Hitze von früh bis abends auf den Knieen die Felder auf und ab rutschen müssen. Hinter ihnen natürlich ein oder mehrere Aufseher mit der Hacke in der Hand, welche darüber zu wachen haben, daß die Arbeit ordentlich und schnell gemacht wird. Wenn dies nicht der Fall ist, auch ihnen mitunter einen Rippenstoß zu verabfolgen, wie es leider oft noch vorkommt. Natürlich ist es den Eltern dieser armen Kinder bei den niedrigen Löhnen, welche noch bestehen, manchmal sehr lieb, wenn die Kinder etwas mitverdienen können, um ihre traurige Lage etwas zu verbessern.

Von der Bereitwilligkeit, im Interesse nimmersatter Agrarier Kinder zum Rübenverziehen zu beurlauben, wie es nach dem behördlichen Erlaß zulässig ist, sticht die sonst geübte Praxis, bei ungenügender oder unterlassener Entschuldigung Strafmandate zu verhängen, eigenartig ab. So wurde im genannten Orte einem Arbeiter ein Strafmandat von 1 M. überbracht, weil sein Sohn wegen eines Halsleidens an einem Tage vom Turnunterricht weggeblieben war. — Wenn zwei dasselbe tun, so ist es noch lange nicht dasselbe.

Erfurt, 3. Juli. Eine „erfolgreiche" Schwurgerichtsperiode. Die letzte Schwurgerichts-Periode dauerte sechs Tage, in denen sechs Fälle verhandelt wurden. Vier Angeklagte wurden insgesamt zu 18½ Jahren Zuchthaus, 1½ Jahren Gefängnis und 20 Jahren Ehrverlust verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 2. Juli 1906, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Prof. Dittenberger.

Eingänge: Der Saale-Regatta-Verein ladet zu seinem Sportfest und der Vorsteher der Universität zu dem üblichen Universitätsfest am 12. Juli ein. Es wird in der Universität der Geschäftsbericht des abgelaufenen Jahres gegeben und der Rektoratswechsel vollzogen. Die Hallesche Turnerschaft teilt mit, daß am 8. Juli auf dem Sandanger von 2½ Uhr nachmittags an Turnspiele veranstaltet werden. Dr. Herzau bedankt sich für die freundliche Aufnahme des Aerztevereins. Eine Petition der Schul-Rektoren der Mittelschulen, betreffend Gehalts-Regulierungen wird der Finanz-Kommission überwiesen. Der Petitions-Kommission überwiesen wird eine Petition der selbständigen Kaufleute, die sich gegen den Erlaß eines Ortsstatuts behufs weiterer Ausdehnung der Sonntagsruhe wendet. Die früher eingegangene Petition der Handlungsgehilfen verlangt bekanntlich eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe. Der Verein für Volkswohl hat sechs Geschäftsberichte eingesandt über seine Tätigkeit. Gegen das Protokoll der letzten Sitzung liegen Erinnerungen nicht vor. In einer Erklärung bemerkt Stadtv. Thiele zu den Reden des Ersten Bürgermeisters und des Stadtv. Osterburg über die Versorgung der städtischen Arbeiter, daß für Dr. Rive gar kein Anlaß vorgelegen habe, einen Widerspruch zwischen ihm, Redner, und dem Stadtv. Osterburg zu konstruieren. Wenn Dr. Rive konstatiert hat, er habe mit ihm, Redner, in erquickendster Harmonie gearbeitet, so könne nicht damit gemeint sein, er, Thiele, habe in der Kommission keine weitergehenden Anträge gestellt. Daß Redner weitergehende Anträge gestellt habe, müßten die anderen Kommissionsmitglieder konstatieren. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Landerwerbungen von den Grundstücken Kl. Schloßgasse Nr. 5 und Schmeerstraße Nr. 12 wurde nach den Vorschlägen der Kommissionen zugestimmt.

Zur Instandsetzung der Kapelle auf dem Stadtgottesacker werden 5300 Mark gefordert. Die Kapelle wird als nicht mehr der Zeit entsprechend angesehen. Stadtv. Stecker findet, daß es in der Kapelle auf dem Südfriedhofe würdiger hergeht, als in der Kapelle des Stadtgottesackers. Die Versammlung lehnte die bauliche Instandsetzung ab und stimmte einem Antrage der Finanzkommission, auf Schaffung eines Projektes für den Neubau einer Kapelle zu.

Die Herstellung eines Tonrohrkanals vom Wagegebäude nach dem Hauptkanal auf der Ostseite des Marktplatzes wird genehmigt.

Genehmigt werden auch bauliche Veränderungen im Grundstück Kurschgasse Nr. 4.

Die Umlegung der Gas- und Wasserleitungen auf der Pfännerhöhe wurde beschlossen.

Festgesetzt wurde ein einheitlicher Kanalbaukostenbeitrag für das ganze Stadtgebiet, und zwar 50 M. für das laufende Meter.

Zugestimmt wird einem Kauf- und Pachtvertrag mit dem Oeystier Böhme.

Stadtverordneter Hase referierte zum ersten Male während seiner langjährigen Tätigkeit über eine Obstverpachtung an einen Herrn Rümpler. Moniert wurde, daß die Kirschenverpachtung erst am 30. Juni erfolgt ist. Die Verpachtung geschehe erst, nachdem die Jungen die Kirschen schon von den Bäumen heruntergeholt hätten. Die Versammlung stimmte der Verpachtung zu.

Bezüglich der Ferien wünscht Stadtv. Thiele, daß dieselben in acht, spätestens in 14 Tagen beginnen. Davon könne keine Rede sein, daß etwa noch die Gehaltserhöhungen für Lehrer und Beamte und die Uebernahme der Straßenreinigung durch die Stadt vor den Ferien durchgepeitscht werden könnte. — Vorsteher Prof. Dittenberger sagte, daß in 14 Tagen die Ferien beginnen können, aber erst müsse die Wahl des Stadtbaurates vorgenommen, und das sei in acht Tagen noch nicht möglich. — Schluß 6 Uhr.

Gemeindezeitung.

Gemeinderatssitzung Osendorf. In den Sitzungen am 20. und 27. Juni wurde der Ankauf einer Kiesgrube von Grube u. Förster, 1 Morgen groß, für 2500 M. bewilligt. Zur Pflasterung der Straße nach Bruckdorf und der Regensburgerstraße nach dem Friedhofe, waren 3 Offerten eingelaufen. Es forderten Becker 16281 M., Steinbach 14141 M. und Springer 11499 M. Den Zuschlag erhielt zur Bruckdorferstraße Steinbach, zur anderen Springer. Nach Fertigstellung dieser Straßen sollen auch die beiden anderen gepflastert werden. Als Straßenbau-Aufsichtskommission wurden die Herren Dr. Wehmann, Ackermann und Genosse Haring gewählt. Die Steinlieferung erhielt die Firma Weidhorn-Grimma. Von unseren Genossen wird angeregt, die Straßen mit Namen zu bezeichnen. Die Straße nach Döllnitz erhielt den Namen Regensburgerstraße, die vom Friedhofe nach der Regensburgerstraße führende den Namen Hauptstraße und die vom Bäckermeister Thiele nach Damheim führende den Namen Richard Löschestraße. Auf Anfrage des Gemeindevorstehers an Herrn Lösche, teilt dieser mit, daß er mit Dank die Benennung der Straße mit seinem Namen erlaube, und der Gemeinde nach seinem Tode ein Legat von 3000 M. hinterlassen werde. Die Zinsen von 105 M. jährlich sollen vor Weihnachten jeden Jahres an Ortsarme verteilt werden. Herr Lösche teilt ferner mit, daß er schon von jetzt an an die Gemeinde jährlich 105 M. zur Verteilung überweisen werde.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Wieder ein Aufreizungsprozeß. Die Genossin Luise Zietz wurde von Hamburger Landgericht wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander in Vorträgen über die Hamburger Wahlrechtsvorlage im Januar dieses Jahres zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Gewerkschaftliches.

Wegen Erpressung verurteilt. Genosse Staudinger, Redakteur des Steinarbeiter in Leipzig, hatte sich gestern wegen einer für die gesamten Gewerkschaften äußerst wichtigen Sache zu verantworten. Staudinger hatte im Auftrage der Organisation mit dem Steinbruchsbesitzer Schall in Strehlen über die Wiedereinstellung eines wegen Verbands-Zugehörigkeit entlassenen Steinarbeiters Bathka verhandelt; wobei Geld angeboten sein soll, das St. ablehnte, aber darüber in der Oeffentlichkeit und im Verbandsorgan berichtete.

Nach 8 Monaten reichte Schall die Beleidigungsklage gegen Staudinger ein, aber nicht mit einem einzigen Worte war daraus zu entnehmen, daß er sich in jener 2½stündigen Unterredung durch St. bedroht gefühlt habe. Also nicht Schall, der sich in jenen 8 Monaten gar nicht bedroht gefühlt hatte, sondern der Staatsanwalt erhob die Anklage wegen versuchter Erpressung.

In der Verhandlung wußten sich die Zeugen Schall und sein Prokurist keiner der Einzelheiten jener 2½stündigen Unterredung zu entsinnen, das wußten aber beide ganz genau, daß Staudinger von Gegenmaßregeln gesprochen habe. Der Gauleiter Losse sagte unter Eid aus, daß bei der Verhandlung, die er zwei Tage nach jener Unterredung des Genossen Staudinger mit dem Unternehmer Schall gehabt hatte, dieser ihm den Genossen St. als einen sehr vernünftigen freundlichen Menschen geschildert, der sogar das vom Gauleiter herausgegebene Flugblatt verurteilt habe.

Der Staatsanwalt baute sein Plaidoyer trotzdem nur auf den Aussagen des Unternehmers und seiner Prokuristen auf. Der Angeklagte habe von Gegenmaßregeln gesprochen. Dem Angeklagten lag daran, dem gemaßregelten Batka seine Stellung wieder zu verschaffen, ihm eine sichere Existenz und damit einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Und der Angeklagte habe, indem er von Gegenmaßregeln gesprochen, also in dem Unternehmer den Glauben erweckt, daß ihm der Streik angedroht würde. Damit sei der Tatbestand der versuchten Erpressung erfüllt und er beantrage deshalb die Bestrafung im vollen Umfange auch noch wegen Beleidigung in 2 Fällen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hübler, wies auf die allgemeine Bedeutung dieser Verhandlung hin, sowie darauf, daß der Staatsanwalt die Aussagen der beiden Arbeiter und Entlastungszeugen völlig unbeachtet gelassen. Wenn solche Verhandlungen, wie sie zwischen Staudinger und Schall stattgefunden haben, als Erpressung bestraft werden kann, dann könne kein Gewerkschaftsbeamter mehr verhandeln und vermittelnd eingreifen.

Trotz alledem verurteilte das Gericht den Genossen Staudinger wegen versuchter Erpressung und Beleidigung zu 1 Monat und 2 Wochen Gefängnis. Die Verurteilung wegen versuchter Erpressung begründete das Gericht damit, daß der Angeklagte die Anstellung des B. erwirken wolle und dabei mit den Genemmaßregeln gedroht habe. Der Angeklagte habe gewußt, daß B. auf Wiedereinstellung kein Recht hatte.

Die Holzarbeiter in Erfurt und Braunschweig stehen im Streik. — Der Ausstand der Korbmacher in Magdeburg ist durch Vergleich beendet.

Die Metallarbeiter in Saalfeld haben durch die Bezirksleitung des Verbandes der Firma Auerbach u. Scheibe die Forderungen der Arbeiter unterbreitet. Gefordert wird die zehnstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 10—20 Prozent.

Die Textilarbeiter in Forst i. L. sind ausgesperrt worden, weil sie sich eine neue, verschlechterte Arbeitsordnung nicht aufnötigen lassen wollten. Die Zahl der Ausgesperrten steht noch nicht fest.

Versammlungsberichte.

Holzarbeiter, Zeitz. Am 23. Juni fand in der Wilhelmshöhe eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt, in welcher Koll. Langhammer-Berlin über Die Bestrebungen des deutschen Holzarbeiterverbandes im Lichte der Volksgesundheit, der Volkswirtschaft und der Kultur referierte. Für seine vorzüglichen Ausführungen wurde dem Referenten lebhafter Beifall zuteil.

Anm. d. Schriftführers: Es gewinnt den Anschein, als ob unsere Holzarbeiter gar nicht mehr nötig haben, eine Versammlung zu besuchen, denn die Zahl der Erschienenen war nur gering. Und dies, trotzdem ein fremder Redner sprach. Wie soll das noch werden? Es ist beschämend für die Zeitzer Holzarbeiter, daß sie so wenig Interesse für ihre Angelegenheiten zeigen. Man sieht immer nur die bekannten Kollegen, die andern kommen eben nicht. Es mag eingewendet werden, daß die Versammlungen zu viele sind, aber wenn es genau betrachtet wird, so sagen das immer die Kollegen, welche gar keine Versammlung besuchen. Wir haben hier über 600 Mitglieder. Hoffen wir, daß wenn wieder einmal eine öffentliche Versammlung stattfindet, alle Kollegen zur Stelle sind. Am Sonnabend, den 30. d. M., findet eine Mitgliederversammlung bei Steinert statt. Für genügend Raum ist gesorgt. (27. 6.)

Aus dem Reiche.

Breslau. Prozeß Zander. Am Montag wurde über den Geisteszustand der Frau v. Zander verhandelt. Sodann kommen weitere Käufe zur Sprache. Auch werden eine Anzahl Briefe der Angeklagten verlesen.

Osterrode a. H. Unvorsichtiger Schütze. Der Ziegler Golka erschoß seinen Arbeitskollegen Paul aus Unvorsichtigkeit. Paul war sofort tot.

Hannover. Während des Unwetters am letzten Freitag sind in der Provinz Hannover 16 Personen vom Blitz getötet worden.

Essen. Vom Schnellzug getötet. Auf dem Bahnhof in Hagen wurde die Frau eines Bauunternehmers, die ihren achtjährigen Sohn, der auf das Geleis geraten war, retten wollte, samt ihrem Sohne vom Schnellzuge Frankfurt-Siegen erfaßt und sofort getötet.

Bocholt (Westfalen). Ein Brudermörder. Der Arbeiter Hufe wurde von seinem Bruder Wilhelm erstochen. Der Täter wurde verhaftet.

Köln. Ausgrabungen. Bei Remagen wurden ein Gräberfeld und eine Wasserleitung aus der Zeit des Kaisers Augustus aufgefunden. Der Leitungskanal aus Kieselbeton enthielt, wie auch die Gräber, zahlreiche Tongefäße, Gläser Elfenbeinwürfel und Münzen.

Frankfurt a. M. Im Untersuchungsgefängnis erhängt hat sich der Fahrradhändler Götz, der für viele tausend Mark gestohlene Uhren angekauft hatte. G. hat vorher ein Geständnis abgelegt.

Forchheim (Oberfranken). Ein Gendarm als Mörder? Die 25 Jahre alte Arbeiterfrau Anna Hoffmann wurde in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurde der Gendarmerieoberwachtmeister Schlereth verhaftet, von dem sich die Ermordete Mutter fühlte. Der Vorfall erregt großes Aufsehen.

Achern. (Schwarzwald.) Erschossen wurde in Bühlertal auf dem Heimwege vom Bahnhof die 19jährige Kaufer von dem 20jährigen Holzhacker Stolz. Derselbe belästigte das Mädchen mit unsittlichen Anträgen, wurde jedoch abgewiesen. Der Täter wurde verhaftet.

Hof. Lustmord. Das elfjährige Töchterchen eines Fabrikarbeiters wurde auf einem Felde ermordet aufgefunden. Als Täter wurde der Lehrer des Kindes verhaftet.

München. Zugzusammenstoß. Auf dem Vorortbahnhof Groß-Hessenlohe fuhr ein rangierender Vorortzug trotz des Haltesignals auf einen anderen im selben Geleis stehenden Zug auf. Hierbei wurden zwei Heizer und ein Lokomotivführer tödlich verletzt. Außerdem entgleisten vier Wagen, von denen einer zertrümmert wurde.

Vermischtes.

* **Das Eisenbahnunglück bei Salisbury** ist nach den neuesten Meldungen noch schrecklicher, als die ersten Nachrichten lauteten. Der Lokomotivführer hatte ein entsetzliches Schicksal. Infolge des ungeheuren Stoßes im Augenblicke der Entgleisung wurde er kopfüber ins Feuer geworfen, wo er verbrannte. Ein Passagier wurde durch das zerbrochene Dach eines Waggons etwa zehn Meter in die Luft geschleudert, fiel dann auf den Trümmerhaufen und erlitt sehr schwere Verletzungen. Die Trümmerhaufen des Expreßzuges fingen an zu brennen und zahlreiche Personen verbrannten oder erlitten schwere Brandwunden.

Ueber die Ursache der Katastrophe ist noch nichts festgestellt worden. Schuld scheint jedoch die Geschwindigkeit gewesen zu sein, mit welcher der Schnellzug das Bahnhofsgebiet und namentlich die Kurve dicht hinter dem Stationsgebäude passierte. Einer der Postbeamten, die in dem Postgebäude, dem Bahnhof gegenüber, Briefe sortierten, erklärte, der Zug sei viel schneller gefahren als die vom Handelsamt für das Passieren der Kurve festgesetzte Maximalgeschwindigkeit von 48 Kilometern per Stunde.

* **Bergarbeiterlos.** In der Caradoc-Vale-Grube bei Cardiff (Süd-Wales) wurden vor sechs Tagen sechs Arbeiter durch hereinbrechende Gewässer lebend eingeschlossen. Zwei wurden nach sechstägiger Tätigkeit noch gerettet. Die anderen vier sind tot.

* **Untergang eines japanischen Dampfers.** In der Nähe von Sasebo kollidierten die japanischen Dampfer Hinodemaru und Nichiyeimaru, der erste ist gesunken, der zweite wurde nur wenig beschädigt. Von der Besatzung und den Passagieren des Hinodemaru werden 27 Personen vermißt; die übrigen sind gerettet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060704-11/fragment/page=0007

Letzte Nachrichten.

Berlin, 2. Juli. Zur **Freilassung der Genossin Rosa Luxemburg** schreibt der **Vorwärts**: Seit dem 5. März befand diese sich im Gefängnis zu Warschau. Nach viermonatlicher Untersuchungshaft lehnte das Gericht die Erhebung einer Anklage mangels jeglichen Beweismaterials ab. Die Entlassung verzögerte sich aber um einige Tage, weil die Polizeibehörde den Nachweis ihrer preußischen Staatsangehörigkeit forderte. Ohne einen solchen wäre vielleicht das sogenannte administrative Verfahren eingeleitet worden. Rosa Luxemburg hat im Gefängnis schwer gelitten, eine Woche lang beteiligte sie sich auch am Hungerstreike der politischen, in der Warschauer Zitadelle untergebrachten Gefangenen.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg, 3. Juli. Die Nachtsitzung der Reichsduma nahm einstimmig einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe an und beschloß, den Entwurf als eilig dem Reichsrat zu übergeben. Die Debatte nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Die Minister und deren Vertreter hatten den Saal verlassen.

Warschau, 3. Juli. Nachmittags wurden gestern gleichzeitig von Unbekannten, aber sicher der Kampforganisation Angehörigen in verschiedenen Straßen der Stadt sechs Attentate gegen Polizisten verübt. Zwei Oberschutzmänner wurden erschossen, zwei Polizisten und ein Gendarm tödlich verletzt. Nachdem die Mordattentate bekannt geworden waren, wurden unverzüglich sämtliche Stadtpolizeiposten zurückgezogen, sie werden wahrscheinlich von Militärposten ersetzt werden. In den Abendstunden feuerten in der Podwolstraße etwa fünf Unbekannte auf den Infanteriehauptmann Tobolzeff und töteten ihn. Tobolzeff hatte bei der Hinrichtung politischer Gefangener in der Zitadelle mitgewirkt.

— **Revier-Aufseher** und **Schutzleute** erklärten dem Polizeiminister, daß sie sämtlich in den Ausstand treten würden, wenn man sie nicht vom politischen Dienst befreie.

Briefkasten der Redaktion.

K. B. Nein! Auf solche Militärpensionen kommt das neue Pensionsgesetz nicht in Anwendung.

L. R. Das Bureau der Ersatzkommission befindet sich Kleine Steinstraße, Ecke Rathausstraße. Die Bureaustunden sind die gewöhnlichen von 8—1 und 3—6 Uhr.

E. H., Sprossen. Wenden Sie sich dieserhalb an das Arbeitersekretariat zu Altenburg, Wallstraße 9.

Für die Lithographen und Steindrucker.
Schmiede-Verband 20 Mk. M. Güldenberg.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Kufeke's Kindermehl ohne Zusatz von Milch empfiehlt sich für Säuglinge mit Erkrankungen des Magen-Darmkanals, mit akuten und chronischen Magen-Darmkatarrhen, Darmentzündungen, Brechdurchfall, ꝛc., wo es darauf ankommt, ein leicht verdauliches und doch kräftiges Nahrungsmittel zu geben, welches nicht wie die Kuhmilch die Krankheit noch verschlimmert. Es gibt aber auch gesunde Kinder, welche gar keine Kuhmilch, ja oft nicht einmal die Milch der eigenen Mutter vertragen, sondern stets erbrechen, und bei denen kann man durch Verabreichung von Kufeke's Kindermehl ohne Milch eine rationelle Ernährung erzielen. Da Kufeke's Kindermehl die in der Muttermilch vorhandenen Nährstoffe im richtigen Verhältnisse enthält und durch seine ausreichenden Mengen von Eiweiß und Mineralstoffen eine kräftige Nahrung herstellt, kann es sehr gut zur ausschließlichen Ernährung der Säuglinge dienen.

Allen weit voran
ist mein heutiges Angebot!

Serie I: Mousseline Meter 23 Pfg.
Serie II: Meter 26 Pfg.
Serie III: Meter 29 Pfg.

Einsteck-Kämme Stück 10 Pfg. Wert bis 50 Pfg.

H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Gewerkschaftskartell Halle a. S.
Freitag den 6. Juli abds. 8½ Uhr im Weißen Roß, Geiststr. 5
Sitzung.
Tagesordnung:
1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Vortrag des Genossen **Thielemann** über: **Arbeitskammern oder Arbeiterkammern.**
3. Die Freitags-Lohnzahlung.
4. Gewerkschaftsfest.
5. Streiks- und Lohnbewegungen.
6. Verschiedenes.

Die Delegierten werden ersucht, zwecks Aufnahme einer Statistik in der nächsten Sitzung die Mitgliederzahl der Organisation anzugeben. Außerdem wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Reisekörbe bestes deutsches Fabrikat, 3.90, 5.15, 6.60, 7.35, 8.80, 9.60 bis 11.80
Rucksäcke für Herren 1.50—7.25, für Damen 1.65—3.85, für Kinder 0.65—2.00
Reisetaschen 3.25, 4.25, 5.—, 5.75, 6.75; **Prima Rindleder**, braun, 5.85, 6.75, 8.—, 9.—, 10.75, 11.50
Prima Rindlederkoffer 19.50, 22.—, 25.—, 30.—, 33.— Mk.

C. F. Ritter, Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.
5 Prozent Rabatt-Sparmarken des Rabatt-Spar-Vereins.

Wir suchen sofort eine Anzahl
Hausarbeiterinnen
auf **Fächer, Guirlanden, Lampenschirme** und **Glocken.**
Heilbrun u. Pinner,
Geiststr. 22.

Linoleum-Teppiche ohne Kante 3.60 Mark.
Linoleum-Teppiche mit Kante 6.00 Mark.
Linoleum-Läufer per Meter 70 Pfg.
Linoleum zum Auslegen ganzer Räume, gemustert, per Q.-Meter 1.20 Mark.
Linoleum, Muster durchgehend, unverwüstlich im Gebrauch, per Q.-Meter 2.00 Mark.
Linoleum-Reste.
Hugo Nehab
Nachf.,
27 Große Ulrichstraße 27,
68 obere Leipzigerstraße 68.

Apollo-Theater
Direktion: **Gustav Poller.**
Gastspiel des **„Metropol-Ensembles“.** Direktion: **Max Samst,** langjähriger Leiter des **Friedr. Wilhelmstädt. Theaters** zu **Berlin.**
Grosser Lacherfolg von
Silbersteins Flitterwochen.
Schwank in 3 Akten v. R. Schwarz
Hierauf: **„Zapfenstreich“**
Parodie in 1 Akt v. Hugo Busse.
(Nach Beyerleins Original bearbeitet.)

Frische Knick-Eier
4 Stück 10 Pfg.
Spezial-Eier-Gross-Geschäft
7 Talamtstraße 7.

Soeben erschienen:
Süddeutscher
Postillon
Nr. 14.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/43.

2 Wohnungen, eine bestehend aus 2 Stuben, Kammer, Küche, die andere aus Stube, Kammer, Küche mit allem Zubehör, an ruhige Leute **zu vermieten.**
Zeitz, Weinbergstr. 5.

Verband deutscher Bergarbeiter
Zahlstelle Rehmsdorf.
Sonntag den 8. Juli 1906 nachmittags 2 Uhr
ausserordentliche Zahlstellen-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Feststellung des Zahlstellenfestes auf der Windmühle. 2. Berichterstattung über den Beschluß des Ausschusses.
Das Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt notwendig.
Der Vertrauensmann.

Die deutsche Sozialgesetzgebung.
Invaliden-, Unfall- und Kranken-Versicherung.
Erläutert an praktischen Erfahrungen
vom Arbeiter-Sekretär **M. Güldenberg,** Halle a. S.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung.**
Harz 42/43.

Möbel: Kleidersekretäre 26 Mk., Vertikows 35 Mk., Spiegel m. geschl. Gl. 10 Mk., Sofas, Bettst., Matratzen, Tische, Stühle, Küchenmöbel billig zu verkaufen.
August Hesse. Geiststr. 31.

60 Stck. Rüstbohlen
4.50 u. 4 Mtr. lang, einmal gebraucht, zu verkaufen. **Dölau,** Albertstr. 9.

Dauerhafte **Waschgefäße** empfiehlt
R. Katsch, Albrechtstr. 23.

1 Hausbursche
welcher mit Pferden Bescheid weiß, **wird sofort gesucht.**
Karl Lange sen.
Kl. Ulrichstr. 26.

Tüchtige
Hobler u. Dreher
bei **gutem Lohn** für dauernde Arbeit per sofort **gesucht.**
Ammendorfer Maschinen- u. Feilenfabrik (G. m. b. H.).

Morgen Mittwoch
Schlachtefest
Magdeburgerstr. 12.

16jähr. Aufwärterin f. Vormittag sof. ges. Blumentalstr. 21 III. Zu erfr 7—8.

Tüchtige Rohrleger
werden **eingestellt**
Aeuß. Delitzscherstr. 10.

3 freundliche Wohnungen, bestehend aus **Stube, Kammer, Küche, Stallungen** u. all. Zubehör sind **sofort zu vermieten** u. 1. Oktober zu beziehen.
Hermann Wittig,
Oberschwöditz bei Luckenau.

Rembrandt-Album.
Preis 2.50 Mk.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Sonntag morgen entschlief nach langem aber schwerem Leiden unsere gute Mutter, die verwitwete
Therese Lanschk.
Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 4 Uhr von d. Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Verantwortlich für den Inhalt und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060704-11/fragment/page=0008